

# ANTRAG

Antragsteller\*in: *Wiener Landesvorstand*

Tagesordnungspunkt: *0.16.1. Leitantrag des Landesvorstandes*

## **LA: Eine nachhaltige Stadt für eine freie Zukunft**

### **Antragstext**

1 In Anbetracht der globalen Herausforderungen der Klimakrise und des dringenden  
2 Bedarfs an Umsetzung der nachhaltigen Lösungen ist es höchst an der Zeit, dass  
3 die Stadt Wien wegweisende Schritte in Richtung Klimaneutralität unternimmt.

4 Die Auswirkungen des Klimawandels betreffen auch Menschen in Wien. Hitzetage  
5 nehmen zu, im Sommer 2018 gab es mit 42 Hitzetagen doppelt so viele Tage mit  
6 Temperaturen über 30 Grad Celsius als im langjährigen Mittel.<sup>[1]</sup> Wir erleben  
7 hohe Temperaturen und Trockenheit, die unsere Lebensumstände beeinträchtigen.  
8 Die Klimakrise nähert sich gefährlichen Kipppunkten und die zusätzlichen Grad  
9 Erwärmung werden die Lebensbedingungen für Menschen auf der Erde stark  
10 beeinträchtigen. Werden keine Maßnahmen getroffen, werden Wiener:innen in  
11 Zukunft eine Vielzahl von Krisen durchleben müssen; sie werden in ihrer  
12 Selbstverwirklichung eingeschränkter sein und auch ihre Freiheit einbüßen. Es  
13 liegt in der Verantwortung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, diese zum  
14 Schutz vor den Folgen des Klimawandels zu ergreifen. Nur durch aktiven  
15 Klimaschutz können wir eine nachhaltige Zukunft gestalten, in der wir frei von  
16 den verheerendsten Auswirkungen des Klimawandels sind und gleichzeitig die  
17 Freiheit haben, unser volles Potenzial auszuschöpfen und ein glückliches Leben  
18 führen zu können.

19 Leider haben die bisherigen Wiener Stadtregierungen viel zu lange geschlafen.  
20 Seit den 1970er Jahren ist das Phänomen des menschengemachten Klimawandels  
21 bekannt. Statt eine umfassende Transformation einzuleiten und das Wachstum der  
22 Stadt für eine nachhaltige Entwicklung zu nützen, hat Wien weiterhin auf  
23 fossile Energien gesetzt. Auch heute werden Diskussionen über  
24 Großstraßenstraßenprojekte nicht multiperspektivisch geführt, sondern nach  
25 wie vor legen viele politische Entscheidungsträger:innen den Fokus auf das  
26 Auto. Die Zeit für den Kampf gegen den Klimawandel wurde verschwendet. Auch  
27 heute noch besteht eine unzureichende Bereitschaft für einen strukturellen und  
28 politischen Wandel.

29 Mit dem Wiener Klimafahrplan bis 2040 hat sich die Stadt die notwendigen  
30 ambitionierten Ziele in Richtung Klimaneutralität gesetzt. Einige dieser Ziele  
31 werden mit den bisherigen Maßnahmen jedoch nicht innerhalb des festgelegten  
32 Zeitrahmens erreicht werden können. Die Sanierungsquote ist zu gering, das  
33 Tempo des Rückbaus von Gasheizungen zu langsam und im Bereich der Mobilität  
34 ist Wien noch viel zu vergangenheitsorientiert unterwegs. Es fehlt der Mut zum  
35 flächendeckenden Umbau hin zu einer Stadt, wo Menschen und ihre aktive  
36 Mobilität Vorrang haben. Als JUNOS Wien wollen wir auf diese Probleme  
37 aufmerksam machen und uns nicht mit oberflächlichen Ausreden zufriedengeben.

38 Wir sehen in Wien das Potenzial, zu einer Vorreiterstadt im Klimaschutz zu  
39 werden. Doch bis dahin bedarf es umfassenderen Maßnahmen, die schnellstmöglich  
40 umgesetzt werden müssen. Die Zeit ist knapp - wir müssen sie aktiv und klug  
41 nutzen. Mit diesem Antrag wollen wir JUNOS Wien generationengerechte und  
42 freiheitssichernde Positionen zur Klimakrise in Wien einnehmen. Gemeinsam  
43 können wir eine nachhaltige Stadt für eine freie Zukunft aufbauen, in der  
44 unsere Umwelt geschützt ist, Lebensqualität gewährleistet wird und  
45 individuelle Freiheiten respektiert werden.

## 46 **Energie**

47 Die Stadt Wien bezieht derzeit zu 47% ihrer Energie aus Gas.<sup>[2]</sup> Die Wien Energie  
48 betreibt große Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung, um die Menschen in Wien  
49 mit Strom und Fernwärme zu versorgen. Der Ausstieg aus fossilen Heizsystemen  
50 ist ein zentraler Baustein für die Klimaneutralität 2040.<sup>[3]</sup>

51 **JUNOS Wien fordert die nachhaltige Transformation der Wiener Strom- und**  
52 **Wärmeversorgung.** Wir erachten die damit verbundenen Investitionen als notwendig  
53 und sehen darin eine Chance für die Stadt Wien, unabhängiger von  
54 Energieimporten zu werden, neue Technologien und deren Zusammenspiel zu erproben  
55 und zu skalieren.

## 56 **Grünes Gas**

57 Erdgas künftig durch erneuerbares Gas zu ersetzen – das ist die Hoffnung  
58 vieler Parteien und Unternehmer:innen. Der Begriff erneuerbares Gas bzw.  
59 Grüngas subsumiert hierbei a) Biogas, b) Wasserstoff aus Grünstrom und c) aus  
60 grünem Wasserstoff erzeugtes Methan. Der Einsatz von grünem Gas ist aufgrund  
61 mangelnder Verfügbarkeit nur sehr eingeschränkt möglich.

62 **JUNOS Wien erkennt daher an, dass grünes Gas nicht die Lösung für alle**  
63 **Probleme sein kann.**

64 Geothermie

65 Durch die glückliche Lage der Stadt Wien über einem Thermalwasservorkommen und  
66 die Anwendung von Tiefengeothermie, können bis 2030 bis zu 125.000 Wiener  
67 Haushalte mit Fernwärme versorgt werden.<sup>[4]</sup> Geothermie hat auch seine  
68 Anwendungsbereiche in der Wärmeversorgung von einzelnen Gebäuden bis zu ganzen  
69 Wohnblöcken. Sie hilft dabei das Fernwärmenetz zu entlasten und leistet einen  
70 Beitrag für eine klimaneutrale Stadt. **Wir JUNOS Wien sehen Geothermie als einer  
71 der Grundelemente an, um in der Wärmeversorgung klimaneutral zu werden.**

72 Müllverbrennung

73 Trotz des stetigen Bevölkerungswachstums sehen wir die Gewinnung von Wärme aus  
74 Müll eingeschränkt. Durch Müllvermeidung und höhere Recyclinggrade wird in  
75 Zukunft weniger Müll anfallen und dadurch wird die Gewinnung von Wärme  
76 zurückgehen und einen geringeren Beitrag leisten. **Deshalb sieht JUNOS Wien, wie  
77 auch der Klimafahrplan der Stadt Wien, von einem Ausbau von  
78 Müllverbrennungsanlagen ab.**

79 Abwärme dort, wo es geht und Innovation nicht verhindert

80 Die Nutzung von Abwärme hat neben dem Vorteil, der Verminderung der  
81 Energieverschwendung, das Problem, dass sie sich von Abwärmeprozessen abhängig  
82 macht und dadurch eine Optimierung der Energieeffizienz des primären  
83 Produktionsprozesses, welcher die Abwärme als Nebenprodukt generiert,  
84 verhindert bzw. verlangsamt. **JUNOS Wien setzt sich deshalb für die Nutzung von  
85 Abwärme ein, wenn dessen Nutzung sich als ökonomisch rentabel darstellt und  
86 dadurch keine Investitionen, in die Optimierungen der Energieeffizienz in der  
87 Abwärme produzierenden Prozess verhindert.**

88 Fernwärme

89 Die Versorgung mit Fernwärme in dichteren Siedlungsgebieten ist einer der  
90 effizientesten Methoden, um Wärme zu verteilen. Heute wird Fernwärme  
91 großteils durch Erdgas erzeugt; künftig wird die Erzeugung der Wärme durch  
92 andere Verfahren, wie Geothermie, ersetzt und dadurch klimafreundlicher werden.  
93 Hingegen ist beim Wechsel von Gasheizungen ein Umbau notwendig. Der Ausbau von  
94 Fernwärmenetzen in Städten ist relativ alternativlos, da viele Gebäude sich  
95 selbst nicht mit ausreichend viel Wärmeenergie versorgen können. Wir sehen den  
96 Fernwärmeausbau besonders in der Bestandsstadt für notwendig an, denn neue  
97 Stadtquartiere können heutzutage nahezu klimaneutral (auch in Bezug auf Wärme)  
98 gebaut werden können.

99 **JUNOS Wien bekennt sich deshalb zu dem weiteren Ausbau von Fernwärme, wo keine**  
100 **effizienteren Maßnahmen umsetzbar sind, und einer zügigen Dekarbonisierung**  
101 **dieser.**

102 Metropolweite Wärme, Grenzen ziehen wo es Sinn macht

103 Urbane Siedlungsstrukturen machen schon lange nicht mehr an der Stadtgrenze  
104 halt. Oft schwimmt die Grenze zwischen Wien und den Umlandgemeinden so sehr,  
105 dass man gar nicht mehr erkennen kann, wo Wien endet, und eine Umlandgemeinde  
106 beginnt. Hier macht es Sinn die Wärmeversorgung metropolweit zu denken, zu  
107 planen und dadurch Synergieeffekte zu erzielen. **Ein Zusammenschluss der**  
108 **Fernwärmenetze in der Metropolregion Wien erachten wir JUNOS Wien als sinnvoll,**  
109 **wenn die Netze kompatibel sind und es ökonomisch zweckmäßig ist.** Die beiden  
110 Energielandesgesellschaften Wiener Energie & EVN sollen einer möglichen Fusion  
111 der Netze nicht im Wege stehen, sondern dies ermöglichen und unterstützen.  
112 Zudem könnte in Zukunft die Thermenregion im Wiener Becken gemeinsam leichter  
113 mit Geothermie erschlossen und genutzt werden.

114 Fernkälte

115 Im Zuge des Fernwärmeausbaus **soll für die Gegenden, die eine**  
116 **Fernkälteversorgung in Anspruch nehmen würden** bzw. es in Zukunft  
117 wahrscheinlich ist, dass eine nachgefragt werden wird, **auch diese Infrastruktur**  
118 **geschaffen werden.** Beispiele, die sich für eine solche Versorgung eignen sind  
119 größere Bürokomplexe und Krankenhäuser.

120 Forcierung dezentraler Energieversorgung

121 Das Projekt "SMART Block Geblergasse", Staatspreisträger für Architektur  
122 und Nachhaltigkeit 2021, zeigt vor wie eine dezentrale Energieversorgung auch in  
123 der Bestandsstadt funktionieren kann. Im Rahmen einer umfassenden  
124 Sockelsanierung von zwei Gebäuden wurde erstmals im historischen Bestandsbau  
125 Geothermie eingesetzt. Die Erdwärme-Anlage lässt jederzeit einen Ausbau zu,  
126 sodass das technische Versorgungskonzept in Zukunft zu einem Anergienetz für  
127 den gesamten Straßenblock ausgebaut werden kann. <sup>[5]</sup> Durch die Initiative von  
128 Privaten kann Energieversorgung auch dezentral erfolgen. Der Ausbau eines  
129 solchen Netzes ist jedoch mit vielen Hürden verbunden, weswegen wir **JUNOS Wien**  
130 **eine Unterstützung der Stadt für die Entstehung und Entwicklung von dezentrale**  
131 **Energienetze fordern.** Eine Potentialanalyse ist notwendig, um die Möglichkeiten  
132 auszuloten, und die Stadt sollte proaktiv auf Wohnhauseigentümer:innen zugehen,  
133 um sie bei der Planung und Umsetzung zu unterstützen. Dies wird nicht nur die  
134 Netze der öffentlichen Hand entlasten, sondern auch eine vielfältigere und

135 nachhaltigere Energieversorgung ermöglichen.

#### 136 Umstieg von Heizsystemen

137 Der Umstieg der Heizsysteme in Wien ist einer der größten Herausforderungen,  
138 denn 2020 haben rund 900.000 Wohnungen Gas als primärer Heizträger verwendet.  
139 <sup>[6]</sup> All diese Haushalte bis 2040 mit einem anderen Heizsystem auszustatten ist  
140 eine Mammutaufgabe, bei der sowohl Mieter als auch Vermieter mitspielen  
141 müssen. Um möglichst rasch eine Dekarbonisierung des Wärmesektors zu  
142 erreichen, **fordern wir JUNOS Wien bürokratische Erleichterungen und Anreize**  
143 **für den Wechsel auf ein erneuerbares Heizsystem vor Ort und den Umstieg auf**  
144 **Fernwärme.**

#### 145 Klimasanierungen

146 Seit längerem ist die thermische Sanierungsquote im Gebäudebestand viel zu  
147 niedrig <sup>[7]</sup> und liegt weit entfernt von einem ernsthaften Ziel, den  
148 Energieverbrauch zu reduzieren und den Klimawandel einzudämmen. Es besteht aber  
149 die Notwendigkeit einer höheren energetischen und ökologischen  
150 Modernisierungsrate, um die Energiewende voranzutreiben. Die aktuelle Situation  
151 erfordert gezielte Maßnahmen seitens der Stadt Wien, um die Sanierungsquote zu  
152 erhöhen und den Fokus verstärkt auf Klimasanierungen im Gebäudebestand zu  
153 legen. Eine Vielzahl der Gebäude in Wien ist auch im Eigentum der Stadt Wien,  
154 wie Schulen und Gemeindebauten. Für diese Gebäude soll die Stadt mit gutem  
155 Beispiel vorgehen und diese mit Klimasanierungen fit für die Klimawende  
156 machen.

157 Angesichts dieser Erkenntnisse **fordert JUNOS Wien, dass bei Sanierungen und**  
158 **Umbauten von im Eigentum stehenden Gebäuden der Stadt Wien automatisch eine**  
159 **Klimasanierung durchgeführt wird und diese für Private zu erleichtern und**  
160 **attraktiveren.** Dies würde dazu beitragen, die Energieeffizienz der Gebäude zu  
161 steigern und einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

162 Wir verweisen hier auch auf unsere Forderung, die zur Attraktivierung von  
163 Klimasanierungen beiträgt, aus dem Beschluss "Zukunft neu bauen! Unsere  
164 Bauanleitung für nachhaltig günstiges Wohnen.": **Vorerst sollen zumindest**  
165 **Vermieter\_innen, die die eigenen Mietwohnungen auf ein klimaneutrales Niveau**  
166 **heben (Stichwort: Nullenergiehaus), nicht mehr dem Richtwertmietzins**  
167 **unterliegen.**

168 EWG – endlich beschließen

169 Seit mehr als einem Jahr wird das Erneuerbare-Wärme-Gesetz, welches den  
170 Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen regeln soll, im Nationalrat nicht  
171 verabschiedet.<sup>[8]</sup> Für den Fall, dass das Gesetzesvorhaben scheitert, **fordert**  
172 **JUNOS Wien bereits jetzt die Finalisierung und den Beschluss von Gesetzen zu**  
173 **Raus aus Gas im Gebäudebestand in Wien.**

## 174 **Strom**

175 Der elektrische Strombedarf von Wien wird nicht durch die Generierung auf der  
176 Fläche von Wien selbst gedeckt und wird eine annähernde Deckung, wenn  
177 überhaupt, voraussichtlich erst in mehreren Jahrzehnten erreichen können.  
178 Folglich **erkennen wir JUNOS Wien an und setzen uns dafür ein, dass im**  
179 **weitergefassten Umland von Wien Infrastruktur für die Bereitstellung des**  
180 **Strombedarfs der Region errichtet und betrieben wird.** Wien soll verstärkt aus  
181 Eigeninitiative den Austausch mit den umliegenden Bundesländern suchen, um die  
182 Ermöglichung und Realisierung von erneuerbaren Energiequellen zu erwirken.

## 183 Solar/Photovoltaik-Ausbau

184 Um mit gutem Beispiel als Stadt voranzugehen, sollen die öffentlichen Gebäude  
185 und die Gemeindebauten der Stadt Wien mit Solaranlagen ausgerüstet werden.  
186 Versiegelte Flächen, wie Parkplätze, sollen mit PV-Anlagen überdacht werden,  
187 wenn es dadurch zu keinen oder nur geringfügigen Nutzungskonflikten kommt. **Wir**  
188 **JUNOS Wien fordern den PV-Ausbau zu erleichtern und zu entbürokratisieren.**

## 189 Stromnetze

190 Durch die Elektrifizierung diverser Bereiche und der zunehmenden Digitalisierung  
191 nimmt der Strombedarf stark zu, was den Bedarf einer höheren Netzkapazität zur  
192 Folge hat. Besonders ein stark treibender Faktor ist der Umstieg vom  
193 Verbrennungsmotor auf E-Mobilität.<sup>[9]</sup> Um dem steigenden Strombedarf decken zu  
194 können **befürworten wir als JUNOS Wien den massiven Ausbau des Stromnetzes in**  
195 **Wien**, um eine zuverlässige Energieversorgung gewährleisten zu können, und die  
196 miteinhergehenden Investitionen der öffentlichen Hand.

## 197 Energieeinsparung der Stadt Wien

198 Durch die Umstellung auf Wärmepumpen und thermische Sanierung kann Wien viel  
199 Energie einsparen. Doch da jede vermiedene Kilowattstunde Energie private und  
200 öffentliche Kosten spart, sollten alle Potenziale zur Reduktion des  
201 Energieverbrauchs penibel ausfindig gemacht und genutzt werden.

202 **Wir JUNOS Wien sprechen uns für regelmäßige Energie Audits für die Stadt**  
203 **Wien und ihre Betriebe aus.** Diese sollen zu Energieeinsparungen führen und  
204 müssen auch veröffentlicht werden, damit es auch für den/die Bürger:in  
205 ersichtlich ist wie energieeffizient beispielweise die eigene Schule ist.

## 206 **Mobilität**

### 207 **Klimawende bedeutet auch Verkehrswende!**

208 Wien hat, mit Ausnahme des öffentlichen Verkehrs, bis jetzt wenig für die  
209 Mobilitätswende geleistet. Die Planungsdoktrin von Wien ist noch immer stark an  
210 dem motorisierten Individualverkehr ausgerichtet. Dies macht sich nicht nur  
211 durch die aktive Planung von Straßenprojekten für das Auto bemerkbar, bei  
212 denen es fraglich ist ob dies in dieser Dimensionierung in 20 Jahren überhaupt  
213 noch notwendig sind, sondern auch an der Beibehaltung von Gesetzen, die den MIV  
214 begünstigen, wie zum Beispiel die Stellplatzverpflichtung im Wohnbau.  
215 Die Verkehrswende ist der Sektor, bei dem in Wien noch am wenigsten passiert ist  
216 und dadurch ist es aber auch der Bereich wo die Stadt Wien viel für die  
217 nächsten Generationen herausholen muss.

218 Der Mobilitätsbedürfnisse mit dem MIV zu befriedigen, mag, oberflächlich  
219 betrachtet, bequem für die Nutzenden erscheinen, aber diese verlieren dadurch  
220 Lebensqualität und es ist auch einer der gering energieeffizienten Formen der  
221 Mobilität. Schlechte Energieumwandlungsprozesse, niedrige Besetzungsgrade,  
222 ineffiziente Fahr- und Beschleunigungsvorgänge machen den MIV in der Stadt zu  
223 keinem Mobilitätsangebot der Zukunft, dass ausgebaut und gefördert gehört.

### 224 **Das richtige Tempo für die Stadt**

225 Eine Temporeduktion auf 30 km/h ist ein leicht umzusetzender und effektiver  
226 Schritt, um den Energiebedarf zu senken. Dies gilt für Verbrenner und  
227 Elektroautos gleichermaßen. Neben den positiven Effekten auf die Reduktion der  
228 Treibhausgase führt Tempo 30 zu einer drastischen Verringerung der Unfallgefahr  
229 und der Zahl der Verkehrstoten.<sup>[10]</sup> Darüber hinaus bringt eine geringere  
230 Geschwindigkeit in der Stadt weitere Vorteile wie beispielsweise weniger Lärm,  
231 weniger Feinstaub und eine geringere Belastung der Menschen durch Stickoxide.  
232 Eine Temporeduktion fördert zudem den Einsatz von alternativen Verkehrsmitteln  
233 wie öffentlichen Verkehrsmitteln und Fahrrädern, da der  
234 Geschwindigkeitsunterschied zum Auto geringer wird und die Attraktivität dieser  
235 Alternativen steigt.<sup>[11]</sup>

236 Busse und Straßenbahnen verlieren bei Tempo 30 oft nur wenige Sekunden pro

237 Strecke, da sie zwischen den dicht angeordneten Haltestellen bereits heute nur  
238 selten auf hohe Geschwindigkeiten beschleunigen.

239 **JUNOS Wien fordert die Senkung der Regelgeschwindigkeit im Stadtgebiet auf 30**  
240 **km/h. Auf Haupt- und Hochleistungsstraßen, die wenig Konfliktpotenzial mit**  
241 **anderen Mobilitätsteilnehmer:innen haben, sprechen sich JUNOS Wien für eine**  
242 **Beibehaltung von Tempo 50 aus.**

243 Parkplätzen im öffentlichen Raum

244 Neben der Reduktion des aktiven MIVs ist auch das Parken im öffentlichen Raum,  
245 durch politische Maßnahmen wichtig zu thematisieren. Bei der Abkehr von dem MIV  
246 werden Infrastrukturen für andere Mobilitätsformen (Fahrrad, Straßenbahn,  
247 ...) notwendig. Diese werden den durch die Reduktion der Stellplätze  
248 freiwerdenden Straßenraum benötigen. Weniger Stellplätze führen zu einer  
249 Steigerung der Aufenthaltsqualität. Der Straßenraum kann neu verteilt werden.  
250 Asphaltflächen können entsiegelt und begrünt werden. Das verhindert die  
251 Bildung von Hitzeinseln. **Wir JUNOS Wien fordern daher die konsequente Reduktion**  
252 **von Stellplätzen für PKWs im öffentlichen Raum.**

253 Parkometerabgabe (Parkpickerl)

254 Die Parkometerabgabe beträgt in allen Bezirken Wiens einheitlich 10 Euro pro  
255 Monat. <sup>[12]</sup> Wir erachten die derzeitige Höhe der Abgabe für die ca. 10 m<sup>2</sup>  
256 öffentlicher Raum verstellt wird als so gering, dass sie unserer Meinung nach  
257 eine versteckte Subvention des motorisierten Individualverkehrs ist. **Diese**  
258 **absurde Subvention lehnen wir JUNOS Wien ab und fordern für die Nutzung des**  
259 **öffentlichen Raums eine höhere und angemessene Abgabe.**

260 Stadtplanung nicht mehr auf das Auto ausrichten

261 Das Konzept der autogerechten Stadt muss in Wien endlich der Vergangenheit  
262 angehören. Regularien wie die Stellplatzverpflichtung zwingen die Bauherren im  
263 Wohnbau PKW-Stellplätze zu schaffen, obwohl der Anteil der Personen mit PKW in  
264 Wien abnimmt. <sup>[13]</sup> **Wir verweisen hier auf unsere Forderung "Abschaffung der**  
265 **Stellplatzverpflichtung"** im Beschluss "Liberale Wohnbaupolitik statt  
266 sozialistischer Träumerei".

267 Elektromobilität

268 **JUNOS Wien unterstützt die Abkehr vom Verbrennungsmotor hin zur**



269 **Elektromobilität und anderen alternativen Formen der Fortbewegung.** Wir sehen  
270 die Elektromobilität als eine Chance, um die CO2-Emissionen zu reduzieren, die  
271 Luftqualität zu verbessern und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu  
272 verringern. Dafür muss jedoch der Ausbau von Ladeinfrastruktur und die  
273 Verkehrsplanung mit nachhaltigen Verkehrskonzepten vorangehen.

274 Carsharing: ein Auto zu teilen ist besser als zwei zu besitzen.

275 Die meiste Zeit sind Autos abgestellt und werden nicht ausreichend genutzt, um  
276 ressourceneffizient/effektiv zu sein. Um einer möglichst effizienten Nutzung  
277 unserer Ressourcen näher zu kommen, **stehen wir Regelungen, die die gemeinsame**  
278 **Nutzung von Fahrzeugen erleichtern, positiv gegenüber.** Zusätzliche  
279 Bürokratisierung und Verhinderung von Car-Sharing Optionen lehnen wir ab und  
280 halten es für einen Schritt in die falsche Richtung!

281 Lobautunnel

282 **Wir JUNOS Wien sind gegen die geplante Donauquerung in Form des Lobautunnels.**  
283 Wir unterstützen jedoch die Idee einer weiteren Donauquerung für den Südosten  
284 Wiens, allerdings nicht für den motorisierten Individualverkehr, sondern für  
285 den Umweltverbund. Das Ziel ist, durch eine Reduktion des motorisierten  
286 Verkehrsaufkommens die Tangente zu entlasten. MIV sollte auf öffentliche  
287 Verkehrsmittel und nichtmotorisierten Individualverkehr verlagert werden.  
288 Lieferverkehr wird durch die Optimierung von Transportketten und zusätzliche  
289 Maßnahmen der Stadt Wien sinken. Wenn Bund und Stadt Wien die notwendigen  
290 Maßnahmen gegen die Erderhitzung konsequent umsetzen, ist der Bau einer  
291 zusätzlichen Donauquerung für motorisierte Fahrzeuge aus Sicht der JUNOS Wien  
292 nicht notwendig. Projekte wie der Lobautunnel bergen das Risiko gestrandeter  
293 Investitionen in Milliardenhöhe.

294 Wege zwischen Außenbezirken und Zentrum ins Lot bringen

295 Um die Verkehrsbelastung zwischen den Außenbezirken und Zentrum in Wien zu  
296 reduzieren, ist es wichtig, eine ausgewogene Entwicklung der Stadtteile  
297 voranzutreiben. Da das Bevölkerungswachstum vor allem in den Außenbezirken  
298 stattfindet, müssen auch dort Arbeitsplätze geschaffen werden, um lange  
299 Pendelwege ins Zentrum zu vermeiden. Durch die Förderung von polizentralen  
300 Strukturen in den Außenbezirken können nicht nur die Arbeitswege der  
301 Bewohner:innen verkürzt werden, sondern es besteht auch die Möglichkeit, die  
302 Infrastruktur wie Straßen, S- und U-Bahnen effizienter zu nutzen, da sich die  
303 Verkehrsströme besser verteilen.

304 **JUNOS Wien setzt sich daher für eine polyzentrische Entwicklung von Zentren in**  
305 **den Außenbezirken ein, um die Notwendigkeit der Donauquerung und die damit**  
306 **verbundene Verkehrsnachfrage zu reduzieren.**

307 Den Mobilitäts-Ausbau in den Außenbezirken endlich starten

308 Für die stark wachsenden Bezirke Wiens wurden bisher abseits des U-Bahnausbaus  
309 viel zu wenige Maßnahmen ergriffen. Dadurch vergeben wir eine historische  
310 Chance in der Stadtplanung, Stadtstrukturen weniger abhängig vom Auto zu  
311 gestalten und klimaneutrale Stadtteile zu schaffen. Insbesondere die  
312 Querverbindungen innerhalb der Außenbezirke sind unzureichend und erschweren  
313 die Wege für die Bewohner:innen. Es fehlt nicht nur an einem ausreichenden  
314 öffentlichen Verkehrsangebot, sondern auch an geeigneten Radwegen. Dies führt  
315 dazu, dass die Außenbezirke weiterhin stark vom motorisierten Individualverkehr  
316 dominiert sind. Um die Autoabhängigkeit der Stadtstrukturen zu verringern, ist  
317 es dringend erforderlich, ein vielfältiges und alternatives Mobilitätsangebot  
318 zu schaffen.

319 **Wir JUNOS Wien fordern daher einen deutlich stärkeren Ausbau des öffentlichen**  
320 **Verkehrs und der Radwegeninfrastruktur, insbesondere der Querverbindungen, in den**  
321 **Außenbezirken.** Denn nur so können wir eine nachhaltige und zukunftsorientierte  
322 Mobilität gewährleisten und den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger  
323 gerecht werden.

324 Ausbau des nichtmotorisierten Individualverkehrs (NMIV)

325 **Wir JUNOS Wien bekennen uns entschieden zum Ausbau des nichtmotorisierten**  
326 **Individualverkehrs (NMIV) und setzen uns dafür ein, das Angebot für**  
327 **Fahrradfahren und Gehen zu Fuß zu erweitern.** Wir sind überzeugt, dass der NMIV  
328 eine nachhaltige und gesunde Alternative zum motorisierten Verkehr darstellt und  
329 dazu beiträgt. Durch den Ausbau von sicheren Radwegen, Fußwegen und der  
330 Schaffung entsprechender Infrastruktur schaffen wir attraktive Möglichkeiten  
331 für eine umweltfreundliche und gesunde Mobilität für alle Bürger:innen.

332 Wir JUNOS Wien setzen uns für den Bau von hochwertigen Radwegen ein, die es den  
333 Menschen ermöglichen, bequem und sicher mit dem Fahrrad zu fahren. Dies umfasst  
334 die Schaffung von Fahrradstraßen, die Einrichtung von Fahrradabstellanlagen  
335 sowie die Verbesserung der Verknüpfung von Radwegen mit anderen  
336 Verkehrsträgern.

337 Wir wollen sichere und attraktive Gehwege schaffen, die zum Flanieren und zur  
338 Fortbewegung zu Fuß einladen. Dies beinhaltet breitere Gehwege, barrierefreie

339 Übergänge und eine verbesserte Fußgängerinfrastruktur an Knotenpunkten.

340 Nachhaltige Fahrzeugflotten der öffentlichen Hand

341 Wie auch dem Klimafahrplan der Stadt Wien enthalten, **bekennen** auch wir **JUNOS**  
342 **Wien uns zum Einsatz von nachhaltigen Fahrzeugflotten der öffentlichen Hand.**  
343 Des Weiteren **fordern wir, dass in Vergabeverfahren** der Stadt Wien oder  
344 Unternehmen der Stadt Wien **die Nachhaltigkeit der angebotenen Fahrzeuge ein**  
345 **maßgebliches Mindest- oder Bewertungskriterium darstellt**, sofern dies nicht aus  
346 technischen oder gravierenden wirtschaftlichen Gründen unmöglich ist (z.B.  
347 Feuerwehr).

348 Güterverkehr in der Stadt

349 **Wir bekennen uns dazu, dass der Gütertransport in der Stadt nachhaltiger**  
350 **gestaltet werden soll.** Wir sind der Überzeugung, dass umweltfreundliche und  
351 effiziente Lösungen für den Warenverkehr erforderlich sind, um die Belastungen  
352 durch Emissionen und Verkehrsaufkommen zu reduzieren.

353 CityMaut

354 **Wir JUNOS Wien erachten eine CityMaut** nicht für grundfalsch, aber halten sie  
355 **für keine nachhaltige und zielführende Maßnahme**, um den MIV in der Stadt zu  
356 reduzieren, da eine Durchführung einer solchen aufwendig und teuer ist, nicht  
357 ganzheitlich das motorisierte Verkehrsaufkommen reduziert und der Effekt einer  
358 solchen CityMaut, wahrscheinlich, wenn überhaupt, nur gering sein wird und man  
359 stattdessen die Ressourcen für stärker wirkende Maßnahmen fokussieren sollte.

360 <sup>[1]</sup> [https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/chronik/wien-chronik/2151323-In-der-  
361 Hitze-der-  
362 Stadt.html#:~:text=Auch%20Wien%20heizt%20sich%20von,mehr%20unter%2020%20Grad%20](https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/chronik/wien-chronik/2151323-In-der-Hitze-der-Stadt.html#:~:text=Auch%20Wien%20heizt%20sich%20von,mehr%20unter%2020%20Grad%20)

363 <sup>[2]</sup> <http://ma20.23degrees.io/#/sankey/00>

364 <sup>[3]</sup> <https://positionen.wienenergie.at/grafiken/heizsysteme-in-oesterreich/>

365 <sup>[4]</sup> [https://www.geotiefwien.at/aktuelles/3d-modell-des-wiener-untergrunds-  
366 praesentiert](https://www.geotiefwien.at/aktuelles/3d-modell-des-wiener-untergrunds-praesentiert)

367 <sup>[5]</sup> [https://www.klimaaktiv.at/bauen-sanieren/staatspreis/Preistr%C3%A4ger-  
368 2021/Geblergasse.html](https://www.klimaaktiv.at/bauen-sanieren/staatspreis/Preistr%C3%A4ger-2021/Geblergasse.html)

- 369 [6] <https://www.wienerzeitung.at/themen/energiewende/2131874-Die-letzten-Tage-der-Therme.html>  
370
- 371 [7] <https://www.ibo.at/wissensverbreitung/ibomagazin-online/ibo-magazin-artikel/data/entwicklungen-in-der-thermischen-sanierung>  
372
- 373 [8] [https://www.meinbezirk.at/c-politik/gesetz-liegt-am-tisch-aber-nichts-tut-sich\\_a6034767](https://www.meinbezirk.at/c-politik/gesetz-liegt-am-tisch-aber-nichts-tut-sich_a6034767)  
374
- 375 [9] <https://positionen.wienenergie.at/grafiken/endenergiebedarf-wien-bis-2040/>
- 376 [10] <https://vcoe.at/publikationen/vcoe-factsheets/detail/tempo-30-fuer-mehr-lebensqualitaet-umsetzen>  
377
- 378 [11] <https://www.tuwien.at/tu-wien/aktuelles/news/news/30-80-100-geschwindigkeit-senken-lebensqualitaet-erhoehen>  
379
- 380 [12]  
381 <https://www.wien.gv.at/amtshelfer/verkehr/parken/kurzparkzone/parkpickerl.html>
- 382 [13] <https://vcoe.at/presse/presseaussendungen/detail/vcoe-im-vorjahr-hat-erstmals-in-allen-bundeslaendern-zahl-der-pkw-pro-1-000-einwohner-abgenommen>  
383

# ANTRAG

*Gremium:* Landeskongress Wien

*Beschlussdatum:* 01.07.2023

*Tagesordnungspunkt:* 0.16.1. Leitantrag des Landesvorstandes

## **LANEU: Eine nachhaltige Stadt für eine freie Zukunft**

### **Antragstext**

1 In Anbetracht der globalen Herausforderungen der Klimakrise und des dringenden  
2 Bedarfs an Umsetzung der nachhaltigen Lösungen ist es höchst an der Zeit, dass  
3 die Stadt Wien wegweisende Schritte in Richtung Klimaneutralität unternimmt.

4 Die Auswirkungen des Klimawandels betreffen auch Menschen in Wien. Hitzetage  
5 nehmen zu, im Sommer 2018 gab es mit 42 Hitzetagen doppelt so viele Tage mit  
6 Temperaturen über 30 Grad Celsius als im langjährigen Mittel.<sup>[1]</sup> Wir erleben  
7 hohe Temperaturen und Trockenheit, die unsere Lebensumstände beeinträchtigen.  
8 Die Klimakrise nähert sich gefährlichen Kipppunkten und die zusätzlichen Grad  
9 Erwärmung werden die Lebensbedingungen für Menschen auf der Erde stark  
10 beeinträchtigen. Werden keine Maßnahmen getroffen, werden Wiener:innen in  
11 Zukunft eine Vielzahl von Krisen durchleben müssen; sie werden in ihrer  
12 Selbstverwirklichung eingeschränkter sein und auch ihre Freiheit einbüßen. Es  
13 liegt in der Verantwortung von Politik und Gesellschaft, diese zum Schutz vor  
14 den Folgen des Klimawandels zu ergreifen. Nur durch aktiven Klimaschutz können  
15 wir eine nachhaltige Zukunft gestalten, in der wir frei von den verheerendsten  
16 Auswirkungen des Klimawandels sind und gleichzeitig die Freiheit haben, unser  
17 volles Potenzial auszuschöpfen und ein glückliches Leben führen zu können.

18 Leider haben die bisherigen Wiener Stadtregierungen viel zu lange geschlafen.  
19 Seit den 1970er Jahren ist das Phänomen des menschengemachten Klimawandels  
20 bekannt. Statt eine umfassende Transformation einzuleiten und das Wachstum der  
21 Stadt für eine nachhaltige Entwicklung zu nützen, hat Wien weiterhin auf fossile  
22 Energien gesetzt. Auch heute werden Diskussionen über Großstraßenstraßenprojekte  
23 nicht multiperspektivisch geführt, sondern nach wie vor legen viele politische  
24 Entscheidungsträger:innen den Fokus auf das Auto. Die Zeit für den Kampf gegen  
25 den Klimawandel wurde verschwendet. Auch heute noch besteht eine unzureichende  
26 Bereitschaft für einen strukturellen und politischen Wandel.

27 Mit dem Wiener Klimafahrplan bis 2040 hat sich die Stadt die notwendigen  
28 ambitionierten Ziele in Richtung Klimaneutralität gesetzt. Einige dieser Ziele  
29 werden mit den bisherigen Maßnahmen jedoch nicht innerhalb des festgelegten  
30 Zeitrahmens erreicht werden können. Die Sanierungsquote ist zu gering, das  
31 Tempo des Rückbaus von Gasheizungen zu langsam und im Bereich der Mobilität  
32 ist Wien noch viel zu vergangenheitsorientiert unterwegs. Es fehlt der Mut zum  
33 flächendeckenden Umbau hin zu einer Stadt, wo Menschen und ihre aktive  
34 Mobilität Vorrang haben. Als JUNOS Wien wollen wir auf diese Probleme  
35 aufmerksam machen und uns nicht mit oberflächlichen Ausreden zufriedengeben.

36 Wir sehen in Wien das Potenzial, zu einer Vorreiterstadt im Klimaschutz zu  
37 werden. Doch bis dahin bedarf es umfassenderen Maßnahmen, die schnellstmöglich  
38 umgesetzt werden müssen. Die Zeit ist knapp - wir müssen sie aktiv und klug  
39 nutzen. Mit diesem Antrag wollen wir JUNOS Wien generationengerechte und  
40 freiheitssichernde Positionen zur Klimakrise in Wien einnehmen. Gemeinsam  
41 können wir eine nachhaltige Stadt für eine freie Zukunft aufbauen, in der  
42 unsere Umwelt geschützt ist, Lebensqualität gewährleistet wird und  
43 individuelle Freiheiten respektiert werden.

## 44 **Energie**

45 Die Stadt Wien bezieht derzeit zu 47% ihrer Energie aus Gas.<sup>[2]</sup> Die Wien Energie  
46 betreibt große Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung, um die Menschen in Wien  
47 mit Strom und Fernwärme zu versorgen. Der Ausstieg aus fossilen Heizsystemen  
48 ist ein zentraler Baustein für die Klimaneutralität 2040.<sup>[3]</sup>

49 **JUNOS Wien fordert die nachhaltige Transformation der Wiener Strom- und**  
50 **Wärmeversorgung.** Wir erachten die damit verbundenen Investitionen als notwendig  
51 und sehen darin eine Chance für die Stadt Wien, unabhängiger von  
52 Energieimporten zu werden, neue Technologien und deren Zusammenspiel zu erproben  
53 und zu skalieren.

## 54 **Grünes Gas**

55 Erdgas künftig durch erneuerbares Gas zu ersetzen – das ist die Hoffnung  
56 vieler Parteien und Unternehmer:innen. Der Begriff erneuerbares Gas bzw.  
57 Grüngas subsumiert hierbei a) Biogas, b) Wasserstoff aus Grünstrom und c) aus  
58 grünem Wasserstoff erzeugtes Methan. Der Einsatz von grünem Gas ist aufgrund  
59 mangelnder Verfügbarkeit nur sehr eingeschränkt möglich.

60 **JUNOS Wien erkennt daher an, dass grünes Gas nicht die Lösung für alle**  
61 **Probleme sein kann.**

## 62 Geothermie

63 Durch die glückliche Lage der Stadt Wien über einem Thermalwasservorkommen und  
64 die Anwendung von Tiefengeothermie, können bis 2030 bis zu 125.000 Wiener  
65 Haushalte mit Fernwärme versorgt werden.<sup>[4]</sup> Geothermie hat auch seine  
66 Anwendungsbereiche in der Wärmeversorgung von einzelnen Gebäuden bis zu ganzen  
67 Wohnblöcken. Sie hilft dabei das Fernwärmenetz zu entlasten und leistet einen  
68 Beitrag für eine klimaneutrale Stadt. **Wir JUNOS Wien sehen Geothermie als einer  
69 der Grundelemente an, um in der Wärmeversorgung klimaneutral zu werden.**

## 70 Müllverbrennung

71 Trotz des stetigen Bevölkerungswachstums sehen wir die Gewinnung von Wärme aus  
72 Müll eingeschränkt. Durch Müllvermeidung und höhere Recyclinggrade wird in  
73 Zukunft weniger Müll anfallen und dadurch wird die Gewinnung von Wärme  
74 zurückgehen und einen geringeren Beitrag leisten. **Deshalb sieht JUNOS Wien, wie  
75 auch der Klimafahrplan der Stadt Wien, von einem Ausbau von  
76 Müllverbrennungsanlagen ab.**

77 Abwärme dort, wo es geht und Innovation nicht verhindert

78 Die Nutzung von Abwärme hat neben dem Vorteil, der Verminderung der  
79 Energieverschwendung, das Problem, dass sie sich von Abwärmeprozessen abhängig  
80 macht und dadurch eine Optimierung der Energieeffizienz des primären  
81 Produktionsprozesses, welcher die Abwärme als Nebenprodukt generiert,  
82 verhindert bzw. verlangsamt. **JUNOS Wien setzt sich deshalb für die Nutzung von  
83 Abwärme ein, wenn dessen Nutzung sich als ökonomisch rentabel darstellt und  
84 dadurch keine Investitionen, in die Optimierungen der Energieeffizienz in der  
85 Abwärme produzierenden Prozess verhindert.**

## 86 Fernwärme

87 Die Versorgung mit Fernwärme in dichteren Siedlungsgebieten ist einer der  
88 effizientesten Methoden, um Wärme zu verteilen. Heute wird Fernwärme  
89 großteils durch Erdgas erzeugt; künftig wird die Erzeugung der Wärme durch  
90 andere Verfahren, wie Geothermie, ersetzt und dadurch klimafreundlicher werden.  
91 Hingegen ist beim Wechsel von Gasheizungen ein Umbau notwendig. Der Ausbau von  
92 Fernwärmenetzen in Städten ist relativ alternativlos, da viele Gebäude sich  
93 selbst nicht mit ausreichend viel Wärmeenergie versorgen können. Wir sehen den  
94 Fernwärmeausbau besonders in der Bestandsstadt für notwendig an, denn neue  
95 Stadtquartiere können heutzutage nahezu klimaneutral (auch in Bezug auf Wärme)  
96 gebaut werden können.

97 **JUNOS Wien bekennt sich deshalb zu dem weiteren Ausbau von Fernwärme, wo keine**  
98 **effizienteren Maßnahmen umsetzbar sind, und einer zügigen Dekarbonisierung**  
99 **dieser.**

100 Metropolweite Wärme, Grenzen ziehen wo es Sinn macht

101 Urbane Siedlungsstrukturen machen schon lange nicht mehr an der Stadtgrenze  
102 halt. Oft schwimmt die Grenze zwischen Wien und den Umlandgemeinden so sehr,  
103 dass man gar nicht mehr erkennen kann, wo Wien endet, und eine Umlandgemeinde  
104 beginnt. Hier macht es Sinn die Wärmeversorgung metropolweit zu denken, zu  
105 planen und dadurch Synergieeffekte zu erzielen. **Ein Zusammenschluss der**  
106 **Fernwärmenetze in der Metropolregion Wien erachten wir JUNOS Wien als sinnvoll,**  
107 **wenn die Netze kompatibel sind und es ökonomisch zweckmäßig ist.** Die beiden  
108 Energielandesgesellschaften Wiener Energie & EVN sollen einer möglichen Fusion  
109 der Netze nicht im Wege stehen, sondern dies ermöglichen und unterstützen.  
110 Zudem könnte in Zukunft die Thermenregion im Wiener Becken gemeinsam leichter  
111 mit Geothermie erschlossen und genutzt werden.

112 Fernkälte

113 Im Zuge des Fernwärmeausbaus **soll für die Gegenden, die eine Fernkälteversorgung**  
114 **in Anspruch nehmen würden** bzw. es in Zukunft wahrscheinlich ist, dass eine  
115 nachgefragt werden wird, **auch diese Infrastruktur geschaffen werden.** Beispiele,  
116 die sich für eine solche Versorgung eignen sind größere Bürokomplexe und  
117 Krankenhäuser.

118 Forcierung dezentraler Energieversorgung

119 Das Projekt "SMART Block Geblergasse", Staatspreisträger für Architektur und  
120 Nachhaltigkeit 2021, zeigt vor wie eine dezentrale Energieversorgung auch in der  
121 Bestandsstadt funktionieren kann. Im Rahmen einer umfassenden Sockelsanierung  
122 von zwei Gebäuden wurde erstmals im historischen Bestandsbau Geothermie  
123 eingesetzt. Die Erdwärme-Anlage lässt jederzeit einen Ausbau zu, sodass das  
124 technische Versorgungskonzept in Zukunft zu einem Anergienetz für den gesamten  
125 Straßenblock ausgebaut werden kann. <sup>[5]</sup> Durch die Initiative von Privaten kann  
126 Energieversorgung auch dezentral erfolgen. Der Ausbau eines solchen Netzes ist  
127 jedoch mit vielen Hürden verbunden, weswegen wir **JUNOS Wien eine Unterstützung**  
128 **der Stadt für die Entstehung und Entwicklung dezentraler Energienetze fordern.**  
129 Eine Potentialanalyse ist notwendig, um die Möglichkeiten auszuloten, und die  
130 Stadt sollte proaktiv auf Wohnhauseigentümer:innen zugehen, um sie bei der  
131 Planung und Umsetzung zu unterstützen. Dies wird nicht nur die Netze der  
132 öffentlichen Hand entlasten, sondern auch eine vielfältigere und nachhaltigere



133 Energieversorgung ermöglichen.

134 Sinnlose Subventionen stoppen

135

136 Für die Aufrechterhaltung von Gewächshäusern zur Produktion von Obst und Gemüse  
137 werden Energiekosten durch die Stadt Wien massiv subventioniert. Es ist in  
138 Zeiten von Freihandel nicht notwendig, innerhalb des Stadtgebiets  
139 energieintensiv landwirtschaftliche Produkte herzustellen, die klimafreundlicher  
140 wo anders angebaut werden können. Wir **JUNOS Wien fordern die Abschaffung aller  
141 Energiesubventionen für die sogenannte Stadtlandwirtschaft.**

142

143 Umstieg von Heizsystemen

144 Der Umstieg der Heizsysteme in Wien ist einer der größten Herausforderungen,  
145 denn 2020 war Gas für rund 900.000 Wohnungen der primäre Heizträger. <sup>[6]</sup> All  
146 diese Haushalte bis 2040 mit einem anderen Heizsystem auszustatten ist eine  
147 Mammutaufgabe, bei der sowohl Mieter:innen als auch Vermieter:innen mitspielen  
148 müssen. Um möglichst rasch eine Dekarbonisierung des Wärmesektors zu erreichen,  
149 **fordern wir JUNOS Wien bürokratische Erleichterungen und Anreize für den Wechsel  
150 auf ein erneuerbares Heizsystem vor Ort und den Umstieg auf Fernwärme.**

151 Klimasanierungen

152 Seit längerem ist die thermische Sanierungsquote im Gebäudebestand viel zu  
153 niedrig <sup>[7]</sup> und liegt weit entfernt von einem ernsthaften Ziel, den  
154 Energieverbrauch zu reduzieren und den Klimawandel einzudämmen. Es besteht aber  
155 die Notwendigkeit einer höheren energetischen und ökologischen  
156 Modernisierungsrate, um die Energiewende voranzutreiben. Die aktuelle Situation  
157 erfordert gezielte Maßnahmen seitens der Stadt Wien, um die Sanierungsquote zu  
158 erhöhen und den Fokus verstärkt auf Klimasanierungen im Gebäudebestand zu legen.  
159 Eine Vielzahl der Gebäude in Wien ist auch im Eigentum der Stadt Wien, wie  
160 Schulen und Gemeindebauten. Für diese Gebäude soll die Stadt mit gutem Beispiel  
161 vorangehen und diese mit Klimasanierungen fit für die Klimawende machen.

162 Angesichts dieser Erkenntnisse **fordert JUNOS Wien, dass bei Sanierungen und  
163 Umbauten von im Eigentum stehenden Gebäuden der Stadt Wien automatisch eine  
164 Klimasanierung durchgeführt wird und es Privaten bürokratisch und steuerlich  
165 erleichtert wird, diese selbst umzusetzen.** Dies würde dazu beitragen, die  
166 Energieeffizienz der Gebäude zu steigern und einen bedeutenden Beitrag zum  
167 Klimaschutz zu leisten.

168 Wir verweisen hier auch auf unsere Forderung, die zur Attraktivierung von

169 Klimasanierungen beiträgt, aus dem Beschluss “Zukunft neu bauen! Unsere  
170 Bauanleitung für nachhaltig günstiges Wohnen.”: **Vorerst sollen zumindest**  
171 **Vermieter\_innen, die die eigenen Mietwohnungen auf ein klimaneutrales Niveau**  
172 **heben (Stichwort: Nullenergiehaus), nicht mehr dem Richtwertmietzins**  
173 **unterliegen.**

174 EWG – endlich beschließen

175 Seit mehr als einem Jahr wird das Erneuerbare-Wärme-Gesetz, welches den  
176 Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen regeln soll, im Nationalrat nicht  
177 verabschiedet.<sup>[8]</sup> Für den Fall, dass das Gesetzesvorhaben scheitert, **fordert**  
178 **JUNOS Wien bereits jetzt die Finalisierung und den Beschluss von Gesetzen zu**  
179 **Raus aus Gas im Gebäudebestand in Wien.**

180 **Strom**

181 Der elektrische Strombedarf von Wien wird nicht durch die Generierung auf der  
182 Fläche von Wien selbst gedeckt und wird eine annähernde Deckung, wenn  
183 überhaupt, voraussichtlich erst in mehreren Jahrzehnten erreichen können.  
184 Folglich **erkennen wir JUNOS Wien an und setzen uns dafür ein, dass im**  
185 **weitergefassten Umland von Wien Infrastruktur für die Bereitstellung des**  
186 **Strombedarfs der Region errichtet und betrieben wird.** Wien soll verstärkt aus  
187 Eigeninitiative den Austausch mit den umliegenden Bundesländern suchen, um die  
188 Ermöglichung und Realisierung von erneuerbaren Energiequellen zu erwirken.

189 Solar/Photovoltaik-Ausbau

190 Um mit gutem Beispiel als Stadt voranzugehen, sollen die öffentlichen Gebäude  
191 und die Gemeindebauten der Stadt Wien mit Solaranlagen ausgerüstet werden.  
192 Versiegelte Flächen, wie Parkplätze, sollen mit PV-Anlagen überdacht werden,  
193 wenn es dadurch zu keinen oder nur geringfügigen Nutzungskonflikten kommt. **Wir**  
194 **JUNOS Wien fordern den PV-Ausbau zu erleichtern und zu entbürokratisieren.**

195 **Stromnetze**

196 Durch die Elektrifizierung diverser Bereiche und der zunehmenden Digitalisierung  
197 nimmt der Strombedarf stark zu, was den Bedarf einer höheren Netzkapazität zur  
198 Folge hat. Besonders ein stark treibender Faktor ist der Umstieg vom  
199 Verbrennungsmotor auf nachhaltiger E-Mobilität.<sup>[9]</sup> Um dem steigenden Strombedarf  
200 decken zu können **befürworten wir als JUNOS Wien den massiven Ausbau des**  
201 **Stromnetzes in Wien,** um eine zuverlässige Energieversorgung gewährleisten zu  
202 können, und die miteinhergehenden Investitionen der öffentlichen Hand.

203 **Energieeinsparung der Stadt Wien**

204 Durch die Umstellung auf Wärmepumpen und thermische Sanierung kann Wien viel  
205 Energie einsparen. Doch da jede vermiedene Kilowattstunde Energie private und  
206 öffentliche Kosten spart, sollten alle Potenziale zur Reduktion des  
207 Energieverbrauchs penibel ausfindig gemacht und genutzt werden.

208 **Wir JUNOS Wien sprechen uns für regelmäßige Energie Audits für die Stadt**  
209 **Wien und ihre Betriebe aus.** Diese sollen zu Energieeinsparungen führen und  
210 müssen auch veröffentlicht werden, damit es auch für den/die Bürger:in  
211 ersichtlich ist wie energieeffizient beispielsweise die eigene Schule ist.

212 **Mobilität**

213 **Klimawende bedeutet auch Verkehrswende!**

214 Wien hat, mit Ausnahme des öffentlichen Verkehrs, bis jetzt wenig für die  
215 Mobilitätswende geleistet. Die Planungsdoktrin von Wien ist noch immer stark an  
216 dem motorisierten Individualverkehr (MIV) ausgerichtet. Dies macht sich nicht  
217 nur durch die aktive Planung von Straßenprojekten für das Auto bemerkbar, bei  
218 denen es fraglich ist ob dies in dieser Dimensionierung in 20 Jahren überhaupt  
219 noch notwendig sind, sondern auch an der Beibehaltung von Gesetzen, die den MIV  
220 begünstigen, wie zum Beispiel die Stellplatzverpflichtung im Wohnbau.

221  
222 Die Verkehrswende ist der Sektor, bei dem in Wien noch am wenigsten passiert ist  
223 - und dadurch auch der Bereich wo die Stadt Wien viel für die nächsten  
224 Generationen herausholen muss.

225 Die Mobilitätsbedürfnisse mit dem MIV zu befriedigen, mag, oberflächlich  
226 betrachtet, bequem für die Nutzenden erscheinen, aber diese verlieren dadurch  
227 Lebensqualität und es ist auch einer der gering energieeffizienten Formen der  
228 Mobilität. Schlechte Energieumwandlungsprozesse, niedrige Besetzungsgrade,  
229 ineffiziente Fahr- und Beschleunigungsvorgänge machen den MIV in der Stadt zu  
230 keinem Mobilitätsangebot der Zukunft, das dementsprechend auch nicht ausgebaut  
231 und gefördert gehört.

232 **Parkplätze im öffentlichen Raum**

233 Neben der Reduktion des aktiven MIVs ist auch das Parken im öffentlichen Raum,  
234 durch politische Maßnahmen wichtig zu thematisieren. Bei der Abkehr vom MIV  
235 werden Infrastrukturen für andere Mobilitätsformen (Fahrrad, Straßenbahn, ...)   
236 notwendig. Diese werden den durch die Reduktion der Stellplätze freiwerdenden

237 Straßenraum benötigen. Weniger Stellplätze führen zu einer Steigerung der  
238 Aufenthaltsqualität. Der Straßenraum kann neu verteilt werden. Asphaltflächen  
239 können entsiegelt und begrünt werden. Das verhindert die Bildung von  
240 Hitzeinseln. **Wir JUNOS Wien fordern daher die Reduktion von Stellplätzen für**  
241 **PKWs im öffentlichen Raum, wo es keine dringende Notwendigkeit für diese gibt -**  
242 begleitend zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs, wo noch keine attraktive  
243 Alternative möglich ist.

244 Parkometerabgabe (Parkpickerl)

245 Die Parkometerabgabe beträgt in allen Bezirken Wiens einheitlich 10 Euro pro  
246 Monat. <sup>[12]</sup> Wir erachten die derzeitige Höhe der Abgabe für die ca. 10 m<sup>2</sup>  
247 öffentlicher Raum verstellt wird als so gering, dass sie unserer Meinung nach  
248 eine versteckte Subvention des motorisierten Individualverkehrs ist. **Diese**  
249 **absurde Subvention lehnen wir JUNOS Wien ab und fordern für die Nutzung des**  
250 **öffentlichen Raums eine höhere und angemessene Abgabe.**

251 Stadtplanung nicht mehr auf das Auto ausrichten

252 Das Konzept der autogerechten Stadt muss in Wien endlich der Vergangenheit  
253 angehören. Regularien wie die Stellplatzverpflichtung zwingen die Bauherren im  
254 Wohnbau PKW-Stellplätze zu schaffen, obwohl der Anteil der Personen mit PKW in  
255 Wien abnimmt. <sup>[13]</sup> **Wir verweisen hier auf unsere Forderung “Abschaffung der**  
256 **Stellplatzverpflichtung”** im Beschluss “Liberale Wohnbaupolitik statt  
257 sozialistischer Träumerei”.

258 Emissionsfreie Mobilität

259 **JUNOS Wien unterstützt die Abkehr vom Verbrennungsmotor hin zu emissionsfreien**  
260 **Formen der Mobilität. Hier scheint derzeit die Elektromobilität die**  
261 **effizienteste MIV-Technologie zu sein.** Wir sehen die Elektromobilität als eine  
262 Chance, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren, die Luftqualität zu verbessern und  
263 die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu verringern. Dafür muss jedoch der  
264 Ausbau von Ladeinfrastruktur und die Verkehrsplanung mit nachhaltigen  
265 Verkehrskonzepten vorangehen.

266 Carsharing

267 Die meiste Zeit sind Autos abgestellt und werden nicht ausreichend genutzt, um  
268 ressourceneffizient/effektiv zu sein. Um einer möglichst effizienten Nutzung  
269 unserer Ressourcen näher zu kommen, **stehen wir Regelungen, die die gemeinsame**  
270 **Nutzung von Fahrzeugen erleichtern, positiv gegenüber.** Zusätzliche

271 Bürokratisierung und Verhinderung von Car-Sharing Optionen lehnen wir ab und  
272 halten es für einen Schritt in die falsche Richtung!

273 Lobautunnel

274 **Wir JUNOS Wien sind gegen die geplante Donauquerung in Form des Lobautunnels.**  
275 Wir unterstützen jedoch die Idee einer weiteren Donauquerung für den Südosten  
276 Wiens, allerdings nicht für den motorisierten Individualverkehr, sondern für den  
277 Umweltverbund (Kooperation von umweltfreundlichen Verkehrsmittel). Das Ziel ist,  
278 durch eine Reduktion des motorisierten Verkehrsaufkommens die Tangente zu  
279 entlasten. MIV sollte auf öffentliche Verkehrsmittel und nichtmotorisierten  
280 Individualverkehr verlagert werden. Lieferverkehr wird durch die Optimierung von  
281 Transportketten und zusätzliche Maßnahmen der Stadt Wien sinken. Wenn Bund und  
282 Stadt Wien die notwendigen Maßnahmen gegen die Erderhitzung konsequent umsetzen,  
283 ist der Bau einer zusätzlichen Donauquerung für motorisierte Fahrzeuge aus Sicht  
284 der JUNOS Wien nicht notwendig. Projekte wie der Lobautunnel bergen das Risiko  
285 gestrandeter Investitionen in Milliardenhöhe.

286 Wege zwischen Außenbezirken und Zentrum ins Lot bringen

287 Um die Verkehrsbelastung zwischen den Außenbezirken und Zentrum in Wien zu  
288 reduzieren, ist es wichtig, eine ausgewogene Entwicklung der Stadtteile  
289 voranzutreiben. Da das Bevölkerungswachstum vor allem in den Außenbezirken  
290 stattfindet, muss dort auch die Schaffung von Arbeitsplätzen möglich und  
291 attraktiv sein, um lange Pendelwege ins Zentrum zu vermeiden. Durch die  
292 Forcierung von polizentralen Strukturen in den Außenbezirken können mehr  
293 Arbeitsplätze entstehen, wodurch nicht nur die Arbeitswege der Bewohner:innen  
294 verkürzt werden, sondern es besteht auch die Möglichkeit, die Infrastruktur wie  
295 Straßen, S- und U-Bahnen effizienter zu nutzen, da sich die Verkehrsströme  
296 besser verteilen.

297 **JUNOS Wien setzt sich daher für eine polyzentrische Entwicklung der**  
298 **Außenbezirken, sowie die bessere Vernetzung der Bezirke ein.**

299 Den Mobilitäts-Ausbau in den Außenbezirken endlich starten

300 Für die stark wachsenden Bezirke Wiens wurden bisher abseits des U-Bahnausbaus  
301 viel zu wenige Maßnahmen ergriffen. Dadurch vergeben wir eine historische  
302 Chance in der Stadtplanung, Stadtstrukturen weniger abhängig vom Auto zu  
303 gestalten und klimaneutrale Stadtteile zu schaffen. Insbesondere die  
304 Querverbindungen innerhalb der Außenbezirke sind unzureichend und erschweren  
305 die Wege für die Bewohner:innen. Es fehlt nicht nur an einem ausreichenden

306 öffentlichen Verkehrsangebot, sondern auch an geeigneten Radwegen. Dies führt  
307 dazu, dass die Außenbezirke weiterhin stark vom motorisierten Individualverkehr  
308 dominiert sind. Um die Autoabhängigkeit der Stadtstrukturen zu verringern, ist  
309 es dringend erforderlich, ein vielfältiges und alternatives Mobilitätsangebot  
310 zu schaffen.

311 **Wir JUNOS Wien fordern daher einen deutlich stärkeren Ausbau des öffentlichen**  
312 **Verkehrs und der Radweginfrastruktur, insbesondere der Querverbindungen, in den**  
313 **Außenbezirken.** Denn nur so können wir eine nachhaltige und zukunftsorientierte  
314 Mobilität gewährleisten und den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger  
315 gerecht werden.

316 Ausbau des nichtmotorisierten Individualverkehrs (NMIV)

317 **Wir JUNOS Wien bekennen uns entschieden zum Ausbau des nichtmotorisierten**  
318 **Individualverkehrs (NMIV) und setzen uns dafür ein, das Angebot für**  
319 **Fahrradfahren und Gehen zu Fuß zu erweitern.** Wir sind überzeugt, dass der NMIV  
320 eine nachhaltige und gesunde Alternative zum motorisierten Verkehr darstellt.  
321 Durch den Ausbau von sicheren Radwegen, Fußwegen und der Schaffung  
322 entsprechender Infrastruktur schaffen wir attraktive Möglichkeiten für eine  
323 umweltfreundliche und gesunde Mobilität für alle Bürger:innen.

324 Wir JUNOS Wien setzen uns für den Bau von hochwertigen Radwegen ein, die es den  
325 Menschen ermöglichen, bequem und sicher mit dem Fahrrad zu fahren. Dies umfasst  
326 die Schaffung von Fahrradstraßen, die Einrichtung von Fahrradabstellanlagen  
327 sowie die Verbesserung der Verknüpfung von Radwegen mit anderen  
328 Verkehrsträgern.

329 Wir wollen sichere und attraktive Gehwege schaffen, die zum Flanieren und zur  
330 Fortbewegung zu Fuß einladen. Dies beinhaltet breitere Gehwege, barrierefreie  
331 Übergänge und eine verbesserte Fußgängerinfrastruktur an Knotenpunkten.

332 Nachhaltige Fahrzeugflotten der öffentlichen Hand

333 Wie auch dem Klimafahrplan der Stadt Wien enthalten, **bekennen auch wir JUNOS**  
334 **Wien uns zum Einsatz von nachhaltigen Fahrzeugflotten der öffentlichen Hand.**  
335 Des Weiteren **fordern wir, dass in Vergabeverfahren** der Stadt Wien oder  
336 Unternehmen der Stadt Wien **die Nachhaltigkeit der angebotenen Fahrzeuge ein**  
337 **maßgebliches Mindest- oder Bewertungskriterium darstellt,** sofern dies nicht aus  
338 technischen oder gravierenden wirtschaftlichen Gründen unmöglich ist (z.B.  
339 Feuerwehr).

340 Güterverkehr in der Stadt

341 **Wir bekennen uns dazu, dass der Gütertransport in der Stadt nachhaltiger**  
342 **gestaltet werden soll.** Wir sind der Überzeugung, dass umweltfreundliche und  
343 effiziente Lösungen für den Warenverkehr erforderlich sind, um die Belastungen  
344 durch Emissionen und Verkehrsaufkommen zu reduzieren.

345 CityMaut

346 **Wir JUNOS Wien erachten eine CityMaut für keine nachhaltige und zielführende**  
347 **Maßnahme,** um den MIV in der Stadt zu reduzieren, da eine Durchführung einer  
348 solchen aufwendig und teuer ist, nicht ganzheitlich das motorisierte  
349 Verkehrsaufkommen reduziert und der Effekt einer solchen CityMaut,  
350 wahrscheinlich, wenn überhaupt, nur gering sein wird. Stattdessen sollte man  
351 Ressourcen in effektivere Maßnahmen stecken.

### 353 **Anpassung**

354  
355 Wir leugnen nicht die Realität und Dringlichkeit des menschengemachten  
356 Klimawandels und bekennen uns dazu, seine Folgen mit allen möglichen Mitteln  
357 einzudämmen. Trotzdem dürfen wir nicht davon ausgehen, dass das Optimum im  
358 Klimaschutz weltweit erreicht wird - wir werden also mit deutlichen Folgen  
359 rechnen müssen. Dazu gehören neben mehr Extremwetterereignissen auch mehr heiße  
360 Tage und Nächte. Dementsprechend fordern wir mehr Begrünung, Beschattung und  
361 andere Maßnahmen zur Kühlung des öffentlichen Raumes, insbesondere an bereits  
362 vorhandenen „Hitzeinseln“.

363 <sup>[1]</sup> [https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/chronik/wien-chronik/2151323-In-der-](https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/chronik/wien-chronik/2151323-In-der-Hitze-der-Stadt.html#:~:text=Auch%20Wien%20heizt%20sich%20von,mehr%20unter%2020%20Grad%20)  
364 [Hitze-der-](https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/chronik/wien-chronik/2151323-In-der-Hitze-der-Stadt.html#:~:text=Auch%20Wien%20heizt%20sich%20von,mehr%20unter%2020%20Grad%20)  
365 [Stadt.html#:~:text=Auch%20Wien%20heizt%20sich%20von,mehr%20unter%2020%20Grad%20](https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/chronik/wien-chronik/2151323-In-der-Hitze-der-Stadt.html#:~:text=Auch%20Wien%20heizt%20sich%20von,mehr%20unter%2020%20Grad%20)

366 <sup>[2]</sup> <http://ma20.23degrees.io/#/sankey/00>

367 <sup>[3]</sup> <https://positionen.wienenergie.at/grafiken/heizsysteme-in-oesterreich/>

368 <sup>[4]</sup> [https://www.geotiefwien.at/aktuelles/3d-modell-des-wiener-untergrunds-](https://www.geotiefwien.at/aktuelles/3d-modell-des-wiener-untergrunds-praesentiert)  
369 [praesentiert](https://www.geotiefwien.at/aktuelles/3d-modell-des-wiener-untergrunds-praesentiert)

370 <sup>[5]</sup> [https://www.klimaaktiv.at/bauen-sanieren/staatspreis/Preistr%C3%A4ger-](https://www.klimaaktiv.at/bauen-sanieren/staatspreis/Preistr%C3%A4ger-2021/Geblergasse.html)  
371 [2021/Geblergasse.html](https://www.klimaaktiv.at/bauen-sanieren/staatspreis/Preistr%C3%A4ger-2021/Geblergasse.html)

- 372 [6] <https://www.wienerzeitung.at/themen/energiewende/2131874-Die-letzten-Tage-der-Therme.html>  
373
- 374 [7] <https://www.ibo.at/wissensverbreitung/ibomagazin-online/ibo-magazin-artikel/data/entwicklungen-in-der-thermischen-sanierung>  
375
- 376 [8] [https://www.meinbezirk.at/c-politik/gesetz-liegt-am-tisch-aber-nichts-tut-sich\\_a6034767](https://www.meinbezirk.at/c-politik/gesetz-liegt-am-tisch-aber-nichts-tut-sich_a6034767)  
377
- 378 [9] <https://positionen.wienenergie.at/grafiken/endenergiebedarf-wien-bis-2040/>
- 379 [10] <https://vcoe.at/publikationen/vcoe-factsheets/detail/tempo-30-fuer-mehr-lebensqualitaet-umsetzen>  
380
- 381 [11] <https://www.tuwien.at/tu-wien/aktuelles/news/news/30-80-100-geschwindigkeit-senken-lebensqualitaet-erhoehen>  
382
- 383 [12]  
384 <https://www.wien.gv.at/amtshelfer/verkehr/parken/kurzparkzone/parkpickerl.html>
- 385 [13] <https://vcoe.at/presse/presseaussendungen/detail/vcoe-im-vorjahr-hat-erstmals-in-allen-bundeslaendern-zahl-der-pkw-pro-1-000-einwohner-abgenommen>  
386



# ANTRAG

Antragsteller\*in: Felix Schnabl, Mario Dragnev, Rosemarie Newil

Tagesordnungspunkt: 0.16.2. weitere Anträge

## **A1: Schluss mit dem Alleinherrscher im Rathaus Rechtliche Lehren aus der Affäre rund um die Wien Energie und Bgm. Ludwig.**

### **Antragstext**

1 Im September 2022 wurde bekannt, dass die Stadt Wien in zwei Tranchen 1,4  
2 Milliarden Euro an Garantien für die stadteigene Wien Energie gewährt hat.  
3 Diese Garantien wurden jedoch nicht durch den Gemeinderat beschlossen - sondern  
4 durch den Bürgermeister allein. Noch dazu wurden die Öffentlichkeit und der  
5 Gemeinderat erst Monate nach der Bewilligung dieser Garantien informiert.

6 Das eigenmächtige Handeln stützte der Bürgermeister auf eine sogenannte  
7 *Notkompetenz*, die ihm von § 92 der Wiener Stadtverfassung (WStV) zugestanden  
8 wird. Diese Notkompetenz ist in ihrer jetzigen Fassung sehr breit formuliert und  
9 gibt dem Bürgermeister dadurch eine enorme Macht. Er kann, wann immer er denkt,  
10 dass die "Entscheidung [eines] Gemeindeorganes ohne Nachteil für die Sache  
11 nicht abgewartet werden kann", eigenmächtig Verfügungen treffen.

12 Anders formuliert: Wenn es zu langsam wäre, das eigentlich demokratisch  
13 legitimierte Gremium mit einer Thematik zu befassen, kann der Bürgermeister die  
14 Sache einfach selbst entscheiden. Wenn Demokratie zu lange braucht, nimmt der  
15 Stadtkaiser die Dinge einfach selbst in die Hand.

16 Die Stadtverfassung sieht zwar vor, dass der Bürgermeister "die Angelegenheit  
17 [...] unverzüglich dem zuständigen Gemeindeorgan zur nachträglichen  
18 Genehmigung [vorlegen muss]", doch gibt es keine rechtliche Kontrolle dieser  
19 Regelung. Die Affäre rund um die Milliardenengarantien für die Wien Energie  
20 illustriert, wie dehnbar der Begriff "unmittelbar" ist: Erst nach der  
21 Sommerpause wurde der Gemeinderat mit den Garantien befasst, obwohl diese  
22 teilweise schon Mitte Juli durch Notkompetenz genehmigt wurden.

23 Die derzeitige Fassung der Stadtverfassung macht aus dem Bürgermeister also  
24 einen Souverän im Sinne des reaktionären Staatsrechtlers Carl Schmitt, ist er

25 doch alleiniger Richter über den Ausnahmezustand. Er entscheidet, wann die  
26 Stadtinstitutionen normal funktionieren dürfen, und wann er selbst alles  
27 entscheiden darf. Wann Demokratie sein darf, und wann sie eben zu aufwändig  
28 ist.

29 So ein Zustand ist in einer liberalen Stadt nicht tolerierbar. Nicht ohne Grund  
30 ist der österreichische Staat eigentlich so gebaut, dass einen Souverän, der  
31 im Zweifelsfall Diktator spielen kann, nicht gibt.

32 Es braucht also zweierlei: Einerseits eine Neugestaltung des § 92 WStV, um die  
33 Notkompetenz des Bürgermeisters auf ein striktes Minimum zu begrenzen (I.), und  
34 andererseits eine verbesserte rechtliche Kontrolle des Handelns des  
35 Bürgermeisters (II.).

36 Selbst wenn diese Materie etwas technisch klingen mag, ist sie von  
37 allerhöchster Bedeutung, geht es doch darum, dass der Bürgermeister nicht  
38 eigenmächtig Demokratie und Rechtsstaatlichkeit umgehen kann.

#### 39 **1. Notkompetenz (§ 92 WStV) auf ein Minimum begrenzen**

40 Nicht ohne Grund sind Notkompetenzen im modernen Verfassungsrecht eher  
41 gefürchtet. Sie führen dazu, dass die gewöhnlichen demokratischen Abläufe  
42 umgangen werden und durch Entscheidenden von Einzelpersonen ersetzt werden.  
43 JUNOS Wien sieht zwar die Notwendigkeit von Notkompetenzen, jedoch nur in einem  
44 sehr beschränkten und reglementierten Rahmen. Je wichtiger das umgangene  
45 Gremium, umso höher sollte die Hürde sein.

46 JUNOS Wien setzt sich also für eine Auftrennung des § 92 WStV in zwei Absätze  
47 ein.

48 Tatsächlich umfasst nämlich die derzeitige Notkompetenz zwei sehr verschiedene  
49 Notkompetenzen: Einerseits die Möglichkeit Notverfügungen im Kompetenzbereich  
50 des Stadtsenates, also der Stadtregierung, zu treffen, und andererseits die  
51 Macht, Notverfügungen im Kompetenzbereich des Gemeinderats oder von  
52 Gemeinderatsausschüssen zu treffen. Nachdem im zweiten Fall der Bürgermeister  
53 als Organ der Stadtexekutive in den Kompetenzbereich des Stadtparlaments  
54 eingreift, sollten die Hürden hier deutlich höher gesteckt sein.

55 In einem ersten Absatz eines neu geschriebenen § 92 WStV soll dem  
56 Bürgermeister eingeräumt werden, dass er in Ausnahmefällen  
57 Stadtsenatsbeschlüsse vorwegnehmen darf. Gleichzeitig sollen aber genaue  
58 Fristen geschaffen werden, nach denen der Stadtsenat jedenfalls über die

59 vorläufigen Verfügungen des Bürgermeisters abzustimmen hat.

60 In einem zweiten Absatz soll die Notkompetenz des Bürgermeisters in Sachen  
61 Wirkungsbereich des Gemeinderats und der Gemeinderatsausschüsse an die  
62 Notkompetenz des Bundespräsidenten nach Art 18 Abs. 3 bis 5 B-VG angeglichen  
63 werden.

64 Der Bürgermeister müsste also auf Vorschlag des Stadtsenates und im  
65 Einvernehmen mit einem dafür eingerichteten Unterausschuss des Gemeinderats  
66 handeln. Eine Verwendung dieser Notkompetenz hätte automatisch eine Einberufung  
67 des Gemeinderats zur Folge, der binnen einer kurzen Frist der Verfügung, die im  
68 Rahmen der Notkompetenz ergangen ist, zustimmen müsste. Dadurch würde  
69 gewährleistet, dass der Bürgermeister nicht ganz alleine tun und lassen kann,  
70 was er will.

71 Auch der Anlassfall für eine Verwendung der Notkompetenz ist in Art. 18 B-VG  
72 näher umschrieben. Während die derzeitigen Fassung des § 92 WStV schlicht  
73 festschreibt, dass "die Entscheidung dieser Gemeindeorgane ohne Nachteil für  
74 die Sache nicht abgewartet werden kann", sieht Art 18 Abs. 3 B-VG vor, dass  
75 nur zur "Abwehr eines offenkundigen, nicht wieder gutzumachenden Schadens für  
76 die Allgemeinheit zu einer Zeit notwendig wird, in der der Nationalrat nicht  
77 versammelt ist, nicht rechtzeitig zusammentreten kann oder in seiner Tätigkeit  
78 durch höhere Gewalt behindert ist..." auf die Ausnahmekompetenz  
79 zurückgegriffen werden kann. Um Willkür zu vermeiden, setzt sich JUNOS Wien  
80 dafür ein, dass die Formulierung des Notstandes in § 92 WStV sich an dem  
81 Vorbild des Art. 18 B-VG orientiert.

82 Im dritten Absatz einer neuen Fassung des § 92 WStV soll festgeschrieben  
83 werden, dass jegliche Verwendung der Notkompetenz öffentlich gemacht werden  
84 muss.

85 Damit diese Neugestaltung der Notkompetenz nicht durch den Bürgermeister  
86 eigenmächtig umgangen wird, braucht es aber auch eine Verstärkung der  
87 rechtlichen Kontrolle des Bürgermeisters.

## 88 **2. Für echte rechtliche Kontrolle sorgen**

89 Staatliche Funktionsträger wie der Bürgermeister üben Macht im Namen der  
90 Bevölkerung und auf Grundlage verschiedenster Rechtsnormen aus. Das ist ein  
91 wesentliches Merkmal des Rechtsstaates: Die politische Macht ist an das Recht  
92 gebunden. Damit das auch gewährleistet wird, muss das Überschreiten der  
93 rechtlichen Kompetenzen und der Machtmissbrauch rasche und vorhersehbare Folgen

94 haben.

95 Die Affäre rund um die von Bürgermeister Ludwig im Rahmen der Notkompetenz  
96 vergebenen Garantien offenbart, wie wenig Möglichkeit es für die Minderheit im  
97 Gemeinderat bzw Landtag gibt, die Regierung dazu zu zwingen, sich an geltendes  
98 Recht zu halten. So konnte die Minderheit im Gemeinderat über Monate nicht  
99 kontrollieren, ob es hier überhaupt notwendig war, die Notkompetenz in Anspruch  
100 zu nehmen - auch weil sie erst nach Monaten über die Affäre informiert wurden.

101 Selbst wenn aktuell eine Oppositionsfraktion (die ÖVP Wien) in mehreren  
102 Gutachten darlegt, dass sie das Verhalten des Bürgermeisters in der Affäre  
103 für illegal hält, kann sie den Bürgermeister *de facto* nicht zur Verantwortung  
104 ziehen.

105 Die Stadtverfassung sieht grundsätzlich vor, dass die Mitglieder der  
106 Landesregierung dem Landtag gegenüber sowohl politisch, als auch rechtlich  
107 verantwortlich sind. Im Rahmen der politischen Kontrolle kann der Landtag die  
108 Landesregierung aufgrund von politischen Differenzen mittels Misstrauensantrag  
109 zum Rücktritt zwingen. Das sorgt dafür, dass keine Landesregierung gegen den  
110 Willen der Mehrheit der Abgeordneten zum Landtag gebildet wird und funktioniert  
111 in Wien sehr gut.

112 Leider ist die rechtliche Kontrolle durch den Landtag, die garantieren soll,  
113 dass die Landesregierung nicht im Rahmen ihrer Amtsausübung gegen das Gesetz  
114 verstößt, in Wien realpolitisch inexistent.

115 Es existiert zwar das Instrument der Anklage der Mitglieder der Landesregierung  
116 vor dem Verfassungsgerichtshof durch den Landtag (§ 135 Abs. 4 WStV iVm Art.  
117 142 Abs. 2 lit d B-VG), analog zur sogenannten Ministeranklage auf Bundesebene  
118 (Art. 76 B-VG iVm Art. 142 Abs. 2 lit b B-VG). In diesem Verfahren muss der  
119 Verfassungsgerichtshof prüfen, ob die belangte Person in ihrer Amtstätigkeit  
120 schuldhaftes Gesetzesverletzungen gesetzt hat. Abhängig vom Schweregrad dieser  
121 Rechtsverletzung kann der Verfassungsgerichtshof eine einfache Ermahnung, oder  
122 auch eine Amtsenthebung anordnen. Dieses Verfahren wurde von den Autoren der  
123 Bundesverfassung geschaffen, um zu garantieren, dass Regierungsmitglieder auf  
124 Bundes- oder Landesebene nicht ohne Konsequenzen geltendes Recht verletzen  
125 können.

126 Um dieses Verfahren einzuleiten, bedarf es aber gemäß der Wiener  
127 Stadtverfassung eines Mehrheitsbeschlusses des Landtages. Im Klartext heißt  
128 das: Ohne die Zustimmung der Stadtregierungsfraktionen kann keine Anklage gegen  
129 Mitglieder der Landesregierung durch den Landtag erhoben werden. Heute ist die

130 rechtliche Kontrolle der Mitglieder der Stadtregierung durch den Landtag also  
131 nicht mehr als totes Recht.

132 Es kommt aber noch schlimmer: Im Rahmen der komplexen rechtlichen Organisation  
133 des Landes Wien, die zugleich auch eine Gemeinde ist, sind die Landesorgane  
134 zugleich Organe der Gemeinde Wien. Die Mitglieder der Landesregierung sind also  
135 zugleich Mitglieder des Stadtsenats, der Landeshauptmann zugleich Bürgermeister  
136 und der Landtag zugleich Gemeinderat.

137 Handeln der Bürgermeister oder die Mitglieder des Stadtsenats im Rahmen ihrer  
138 Gemeindefunktionen (und nicht Landesfunktionen), so sind sie dem Gemeinderat  
139 gegenüber nur *politisch* verantwortlich (§ 37 WStV). Rechtliche Verantwortung  
140 gibt es hier gar keine. Nachdem die Notkompetenz des Bürgermeisters aber eben  
141 eine Kompetenz des Bürgermeisters und nicht des Landeshauptmannes ist, gibt es  
142 im Endeffekt gar keine rechtliche Kontrolle dieser Handlungen - nicht einmal mit  
143 Zustimmung der Regierungsfraktionen im Gemeinderat.

144 JUNOS Wien findet diesen Zustand insgesamt inakzeptabel. Es ist von höchster  
145 Bedeutung, dass garantiert werden kann, dass Mitglieder der Stadtregierung sich  
146 an geltendes Recht halten, und die Opposition im Rathaus die Möglichkeit hat,  
147 klären zu lassen, ob ein Mitglied der Stadtregierung im Rahmen seiner  
148 Amtstätigkeit geltendes Recht verletzt - ganz egal ob es als Mitglied der  
149 Landesregierung oder des Stadtsenats handelt. Aktuell bleiben die von der  
150 Opposition erhobenen Vorwürfe rechtlich folgenlos.

151 Um die rechtliche Kontrolle der Mitglieder der Landesregierung durch den Landtag  
152 endlich effektiv aufzuwerten, bedarf es einer Absenkung des Konsensquorums bei  
153 Anklagebeschlüssen iSd § 135 Abs. 4 WStV. JUNOS Wien setzt sich also dafür  
154 ein, dass eine Minderheit im Landtag (zB 33 Abgeordnete) einen solchen  
155 Anklagebeschluss fassen kann. Damit solche Anklagebeschlüsse nicht zu  
156 Misstrauensanträgen durch die Hintertür verkommen, setzt JUNOS Wien sich  
157 gleichzeitig dafür ein, dass § 135 Abs. 5 WStV (die sofortige Suspension des  
158 Mitglieds der Landesregierung nach erfolgter Anklage) ersatzlos gestrichen wird.

159 Gleichzeitig sollte eine analoge Form der rechtlichen Verantwortung des  
160 Bürgermeisters bzw der Mitglieder des Stadtsenats dem Gemeinderat gegenüber im  
161 Rahmen des § 37 WStV geschaffen werden. Auch hier sollte eine Anklage bereits  
162 mit Zustimmung einer Minderheit der Gemeinderäte möglich sein.

163 ANHANG 1: Derzeitige Fassung des § 92 WStV

164 **§ 92**

165 Der Bürgermeister ist berechtigt, bei dringlichen Fällen in Angelegenheiten,  
166 die in den Wirkungsbereich eines Gemeinderatsausschusses, des Stadtsenates oder  
167 des Gemeinderates fallen, unter seiner Verantwortung Verfügungen zu treffen,  
168 wenn die Entscheidung dieser Gemeindeorgane ohne Nachteil für die Sache nicht  
169 abgewartet werden kann. Er hat die Angelegenheit jedoch unverzüglich dem  
170 zuständigen Gemeindeorgan zur nachträglichen Genehmigung vorzulegen.

171 ANHANG 2: Derzeitige Fassung des Art. 18 B-VG (Auszüge)

172 **Artikel 18.**

173 (...)

174 (3) Wenn die sofortige Erlassung von Maßnahmen, die verfassungsgemäß einer  
175 Beschlussfassung des Nationalrates bedürfen, zur Abwehr eines offenkundigen,  
176 nicht wieder gutzumachenden Schadens für die Allgemeinheit zu einer Zeit  
177 notwendig wird, in der der Nationalrat nicht versammelt ist, nicht rechtzeitig  
178 zusammentreten kann oder in seiner Tätigkeit durch höhere Gewalt behindert  
179 ist, kann der Bundespräsident auf Vorschlag der Bundesregierung unter seiner  
180 und deren Verantwortlichkeit diese Maßnahmen durch vorläufige gesetzändernde  
181 Verordnungen treffen. Die Bundesregierung hat ihren Vorschlag im Einvernehmen  
182 mit dem vom Hauptausschuss des Nationalrates einzusetzenden ständigen  
183 Unterausschuss (Art. 55 Abs. 3) zu erstatten. Eine solche Verordnung bedarf der  
184 Gegenzeichnung der Bundesregierung.

185 (4) Jede nach Abs. 3 erlassene Verordnung ist von der Bundesregierung  
186 unverzüglich dem Nationalrat vorzulegen, den der Bundespräsident, falls der  
187 Nationalrat in diesem Zeitpunkt keine Tagung hat, während der Tagung aber der  
188 Präsident des Nationalrates für einen der der Vorlage folgenden acht Tage  
189 einzuberufen hat. Binnen vier Wochen nach der Vorlage hat der Nationalrat  
190 entweder an Stelle der Verordnung ein entsprechendes Bundesgesetz zu  
191 beschließen oder durch Beschluss das Verlangen zu stellen, dass die Verordnung  
192 von der Bundesregierung sofort außer Kraft gesetzt wird. Im letzterwähnten  
193 Fall muss die Bundesregierung diesem Verlangen sofort entsprechen. Zum Zweck der  
194 rechtzeitigen Beschlussfassung des Nationalrates hat der Präsident die Vorlage  
195 spätestens am vorletzten Tag der vierwöchigen Frist zur Abstimmung zu stellen;  
196 die näheren Bestimmungen trifft das Bundesgesetz über die Geschäftsordnung  
197 des Nationalrates. Wird die Verordnung nach den vorhergehenden Bestimmungen von  
198 der Bundesregierung aufgehoben, treten mit dem Tag des Inkrafttretens der  
199 Aufhebung die gesetzlichen Bestimmungen wieder in Kraft, die durch die  
200 Verordnung aufgehoben worden waren.

201 (5) Die im Abs. 3 bezeichneten Verordnungen dürfen nicht eine Abänderung  
202 bundesverfassungsgesetzlicher Bestimmungen bedeuten und weder eine dauernde

203 finanzielle Belastung des Bundes, noch eine finanzielle Belastung der Länder  
204 oder Gemeinden, noch finanzielle Verpflichtungen der Staatsbürger, noch eine  
205 Veräußerung von Bundesvermögen, noch Maßnahmen in den im Art. 10 Abs. 1 Z 11  
206 bezeichneten Angelegenheiten, noch endlich solche auf dem Gebiet des  
207 Koalitionsrechtes oder des Mieterschutzes zum Gegenstand haben.

208 ANHANG 3: Derzeitige Fassung des § 37 WStV

209 **Abberufung des Bürgermeisters und amtsführender Stadträte - § 37**

210 (1) Versagt der Gemeinderat dem Bürgermeister oder einem amtsführenden Stadtrat  
211 durch ausdrückliche EntschlieÙung sein Vertrauen, so gilt er als abberufen,  
212 wodurch der Bürgermeister seine Funktion als Bürgermeister, der amtsführende  
213 Stadtrat sein Stadtratsmandat verliert.

214 (2) Ein solcher Antrag muß mindestens vom vierten Teil aller  
215 Gemeinderatsmitglieder eingebracht werden; bezüglich eines amtsführenden  
216 Stadtrates kann er auch vom Bürgermeister gestellt werden.

217 (3) Zu einem Beschluß des Gemeinderates, mit dem das Vertrauen versagt wird,  
218 bedarf es der Anwesenheit der Hälfte der Gemeinderatsmitglieder. Doch ist, wenn  
219 es ein Fünftel der anwesenden Gemeinderatsmitglieder verlangt, die Abstimmung  
220 auf den zweitnächsten Werktag zu vertagen. Eine neuerliche Vertagung kann nur  
221 durch Beschluß des Gemeinderates erfolgen.

222 ANHANG 4: Derzeitige Fassung des Art. 142 B-VG (Auszüge)

223 **Artikel 142.** (1) Der Verfassungsgerichtshof erkennt über die Anklage, mit der  
224 die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit der obersten Bundes- und Landesorgane  
225 für die durch ihre Amtstätigkeit erfolgten schuldhaften Rechtsverletzungen  
226 geltend gemacht wird.

227 (2) Die Anklage kann erhoben werden:

228 (...)

229 b) gegen die Mitglieder der Bundesregierung und die ihnen hinsichtlich der  
230 Verantwortlichkeit gleichgestellten Organe wegen Gesetzesverletzung: durch  
231 Beschluß des Nationalrates;

232 c) gegen einen österreichischen Vertreter im Rat wegen Gesetzesverletzung in

233 Angelegenheiten, in denen die Gesetzgebung Bundessache wäre: durch Beschluß  
234 des Nationalrates, wegen Gesetzesverletzung in Angelegenheiten, in denen die  
235 Gesetzgebung Landessache wäre: durch gleichlautende Beschlüsse aller Landtage;

236 d) gegen die Mitglieder einer Landesregierung und die ihnen hinsichtlich der  
237 Verantwortlichkeit durch dieses Gesetz oder durch die Landesverfassung  
238 gleichgestellten Organe wegen Gesetzesverletzung: durch Beschluß des  
239 zuständigen Landtages;

240 (...)

241 (4) Das verurteilende Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes hat auf Verlust  
242 des Amtes, unter besonders erschwerenden Umständen auch auf zeitlichen Verlust  
243 der politischen Rechte, zu lauten; bei geringfügigen Rechtsverletzungen in den  
244 in Abs. 2 unter c, e, g und h erwähnten Fällen kann sich der  
245 Verfassungsgerichtshof auf die Feststellung beschränken, daß eine  
246 Rechtsverletzung vorliegt. Der Verlust des Amtes des Präsidenten des  
247 Landesschulrates hat auch den Verlust jenes Amtes zur Folge, mit dem das Amt des  
248 Präsidenten gemäß Artikel 81a Abs. 3 lit. b verbunden ist.

249 ANHANG 5: Derzeitige Fassung des § 135 WStV

#### 250 **Verantwortlichkeit der Mitglieder der Landesregierung - § 135**

251 (1) Der Landeshauptmann vertritt Wien als Land. Er trägt in den Angelegenheiten  
252 der mittelbaren Bundesverwaltung die Verantwortung gegenüber der  
253 Bundesregierung gemäß Artikel 142 des Bundes-Verfassungsgesetzes.

254 (2) Der Geltendmachung dieser Verantwortung steht die Immunität nicht im Wege.

255 (3) Die Mitglieder der Landesregierung sind dem Landtag gemäß Artikel 142 des  
256 Bundes-Verfassungsgesetzes verantwortlich.

257 (4) Zu einem Beschluß, mit dem die Anklage im Sinne des Artikels 142 Abs. 2  
258 Punkt c des Bundes-Verfassungsgesetzes erhoben wird, bedarf es der Anwesenheit  
259 der Hälfte der Landtagsabgeordneten.

260 (5) Die sofortige Wirkung eines solchen Beschlusses ist die Suspension vom Amt.



# ANTRAG

Antragsteller\*in: Sarah Sinkovits, Maximilian Oberhammer, Moritz Ritter

Tagesordnungspunkt: 0.16.2. weitere Anträge

## A2: Keine Politik mit Inseraten

### Antragstext

1 Die Stadt Wien schaltete im Jahr 2022 Inserate um insgesamt 25,3 Millionen Euro  
2 – mehr als alle anderen acht Bundesländer zusammen, und lediglich drei  
3 Millionen Euro weniger als die türkis-grüne Bundesregierung.<sup>[1]</sup> Diese hohen  
4 Ausgaben werden vielfach kritisiert

5 Die Problematik bei Inseraten besteht nicht darin, dass sie geschalten werden,  
6 sondern wie und warum. In vielen Fällen steht nämlich nicht das  
7 Informationsbedürfnis, sondern die politische Beeinflussung von Bürger:innen  
8 im Vordergrund. Kurz gesagt: Gekaufte Berichterstattung wird zum immer  
9 häufigeren Verdacht.<sup>[2]</sup>

10 Gleichzeitig entsteht eine immer stärker werdende Abhängigkeit zwischen  
11 Politik und Medien<sup>[3]</sup> – Politische Verantwortungsträger:innen inserieren zu  
12 ihrer politischen Couleur passende Themen und Messages, Medien nutzen dies (vor  
13 allem im Boulevard-Bereich) als Geschäftsmodell. Was ist die Konsequenz? Medien  
14 werden durch politisches Kalkül fügsam gemacht, die vierte Gewalt des Staates  
15 wird geschwächt und die Demokratie wird untergraben.

#### 16 1. Umgang mit Inseraten

17 Grundsätzlich sind Inserate nichts Verwerfliches, wenn es sich tatsächlich um  
18 die Informierung von Bürger:innen mit wichtigen und dringlichen Informationen  
19 handelt. Jedoch ist die Höhe der Inseratenausgaben der Stadt Wien so hoch, ohne  
20 dass ein dringliches Informationsbedürfnis besteht oder ein solches befriedigt  
21 wird.

22 Viel mehr steht der Verdacht im Raum, dass die Großzahl der geschalteten  
23 Inserate viel mehr den politischen Parteien in der Exekutive der Stadt Wien  
24 dienen. Denn Inserate bieten eine Vielzahl an Möglichkeiten das eigene

25 Parteilumfeld, durch Vergabe von Inseraten, wirtschaftlich zu bereichern und die  
26 eigene politische Arbeit und Politiker zu bewerben.

27 Inserate der öffentlichen Hand müssen unserer Auffassung nach sachlich, ohne  
28 Parteibezug und im Verhältnis der Kosten zur Wichtigkeit der Nachricht sein.  
29 Den leichtfertigen Umgang mit Inseraten, die Höhe der Ausgaben dafür, die  
30 intransparente Vergabe, die Vergabe an parteinahe Medien und die starke  
31 Fokussierung auf politische Amtsträger verurteilen wir.

32 **JUNOS Wien fordert eine drastische Reduktion der Ausgaben für Inserate, sowohl**  
33 **von der Stadt Wien als auch von ausgelagerten Unternehmen.**

34 Nichtsdestotrotz erkennt JUNOS Wien die Nützlichkeit von Inseraten der  
35 öffentlichen Hand an, wenn diese einem wichtigen und dringlichen  
36 Informationszweck dienen, wie zum Beispiel Werbung für die Impfung während der  
37 SARS-CoV-2-Pandemie.

38 **JUNOS Wien fordert deshalb Richtlinien zum Umgang mit Inseraten für die**  
39 **Verwaltung und beteiligten Unternehmen.**

## 40 2. Schaltung von Inseraten

41 Bei der Schaltung von Inseraten sollte das Ziel vor allem eines sein:  
42 vollkommene Transparenz. Es soll für Bürger:innen auf den ersten Blick  
43 ersichtlich sein, dass es sich um ein von der Stadt Wien geschaltetes Inserat  
44 handelt.

45 Zum Überblick über alle geschalteten Inserate der Stadt Wien sowie die Kosten,  
46 die durch jene entstehen, setzen wir uns für die Implementierung einer  
47 öffentlich zugänglichen Datenbank ein. Ziel soll sein, dass in der Datenbank  
48 alle Inserate, die die Stadt Wien schaltet, öffentlich verfügbar einsichtlich  
49 sind. Zusätzlich sollen die jeweiligen entstandenen Kosten, der Zeitpunkt, der  
50 Zweck und das Medium ersichtlich sein.

51 **JUNOS Wien fordert daher die Implementierung einer Transparenzdatenbank mit**  
52 **allen notwendigen Informationen über geschaltete Inserate, um es Bürger:innen**  
53 **zu ermöglichen, stets Einsicht in das von der Stadt Wien für Inserate**  
54 **verwendete Steuergeld zu erhalten.**

55 Bereits vor Veröffentlichung des Inserates soll dieses in der Datenbank  
56 ersichtlich sein – eine Frist von 7 Tagen soll ermöglichen, dass man sich

57 nicht erst nach bereits erfolgter Schaltung über das Inserat informieren kann,  
58 sondern bereits davor. Für dringend notwendige Kampagnen, die im öffentlichen  
59 Interesse stehen, soll es eine Ausnahmeregelung von dieser Frist geben.

### 60 3. Kontrolle

61 Um einen transparenten und effizienten Umgang mit Inseraten zu ermöglichen,  
62 dürfen auch entsprechende Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten nicht fehlen.  
63 Wir setzen uns dafür ein, dass der Stadtrechnungshof jederzeit eine amtswegige  
64 Prüfung vornehmen kann.

65 Nicht nur die Stadt Wien, sondern auch ausgelagerte Unternehmen sowie  
66 Unternehmen, an denen diese beteiligt ist, sollen der Kontrolle und  
67 Überprüfung durch den Stadtrechnungshof unterliegen. Ab einer Beteiligung von  
68 25% und einer Stimme, was im Gesellschaftsrecht in der Regel die Sperrminorität  
69 darstellt, soll dieses Kontrollrecht schlagend werden. Durch eine solche  
70 Regelung soll vermieden werden, dass im Eigentum der Stadt Wien stehende  
71 Unternehmen wie die Wien Energie ohne Kontrolle Inserate in hohem Ausmaß  
72 schalten.

73 **JUNOS Wien fordert daher die Stärkung der Rolle des Stadtrechnungshof sowie die**  
74 **Erweiterung seiner Prüfkompetenzen.**

75 [\[1\]Wien als Anzeigenkaiser: Die Werbeflüsse aus dem roten Rathaus - Wiener](#)  
76 [Politik - derStandard.at > Inland](#)

77 [\[2\]Stadt Wien gab 57 Prozent mehr für Werbung aus als angekündigt \(profil.at\)](#)

78 [\[3\]Medienpolitik - Bei der Medienfinanzierung ist keine Lösung in Sicht -](#)  
79 [Wiener Zeitung Online](#)

# ANTRAG

Antragsteller\*in: Philipp Pichler, Tobias Hübl, Maximilian Oberhammer

Tagesordnungspunkt: 0.16.2. weitere Anträge

## **A3: Wir sind mehr als nur 'unsere' Geschichte! Für eine moderne Erinnerungskultur in Wien.**

### **Antragstext**

1 Edward Colston, Wladimir Iljitsch Lenin, Karl Lueger - nicht zuletzt durch die  
2 Black-Lives-Matter-Proteste in den USA rückten die Formen öffentlicher  
3 Ehrungen belasteter historischer Personen wieder ins Rampenlicht - so auch in  
4 Österreich. Im öffentlichen Diskurs wird der Ruf nach einer kritischen  
5 Auseinandersetzung mit den Denkmälern belasteter historischer Figuren und ihrer  
6 Kontextualisierung oder Demontage immer lauter.

7 Das wohl prominenteste Beispiel in Wien ist dabei die Statue Karl Luegers, der  
8 seinen politischen Erfolg auf grassierenden Antisemitismus baute, wie auch der  
9 Historiker:innenbericht der Stadt Wien dargelegt hat.<sup>[1]</sup> Nach langer Debatte ob  
10 eine Kontextualisierung über Informationstafeln hinausgehen sollen,  
11 aktivistischer Interventionen ('Schande') und einem Wettbewerb zu  
12 Kontextualisierungskonzepten wird nun die Statue um 500.000 € um 3,5° nach  
13 rechts geneigt.<sup>[2]</sup> Auch rund um den Leopold-Kunschak-Platz, benannt nach einem  
14 Antisemiten und Parteigänger Luegers, kam es durch die Forderung nach  
15 Aufstellung eines weiteren Ehrenmals für Kunschak zu hitzigen Debatten.<sup>[3]</sup>

16 Der Umgang mit der öffentlichen Ehrung von belasteten Personen ist aus unserer  
17 Sicht keine Frage von Geschichte, sondern eine Frage der politischen  
18 Verantwortung. Diese Statuen und Ehrungen bilden nicht 'die' oder  
19 'unsere' Geschichte ab, sondern sind ihrerseits ein Produkt einer  
20 spezifischen Epoche und Mentalität. Die Veränderung dieser Gedächtnisformen  
21 ist keine Verfälschung der Geschichte, sondern eine normale historische Praxis,  
22 so wie ihn jede Epoche vor der unseren kannte.

23 Im Umgang mit Ehrungen im öffentlichen Raum gibt es aus unserer Sicht keine  
24 generelle Regel, wie mit ihnen umzugehen ist. Das würde der geschichtlichen  
25 Realität auch nicht gerecht werden. Jedes Denkmal muss für sich diskutiert

26 werden. Die Politik muss aber dafür den geeigneten Rahmen schaffen.

## 27 **Diskussionsräume schaffen - politische Verantwortung übernehmen!**

28 Wir JUNOS - Junge Liberale NEOS begrüßen die Auseinandersetzung mit der  
29 eigenen Geschichte als Chance, um uns von einem einseitigen Geschichtsbild zu  
30 lösen und eine lebendige Erinnerungskultur zu gewinnen, die, getragen von  
31 Bürger:innen, sich mutig mit belasteten Kapitel der eigenen Geschichte  
32 auseinandersetzt.

33 Aktionistische Interventionen, wie etwa die Kontextualisierung des Karl-Lueger-  
34 Denkmals durch den Schriftzug 'Schande', erkennen wir in diesem Zusammenhang  
35 als zivilgesellschaftliche Protestform an. Einen Ruf nach Strafverschärfung  
36 lehnen wir daher ab.

37 Ungeachtet davon, zeigt die Notwendigkeit solcher Protestformen, dass es der  
38 Zivilgesellschaft an qualitätvollen Diskussionsräumen fehlt, in denen, unter  
39 Anleitung von Expert:innen, die Auseinandersetzung mit öffentlichen Ehrungen  
40 von belasteten historischen Personen passieren kann. Diese Diskussionsräume  
41 müssen dabei möglichst nahe an den Bürger:innen stattfinden und es ist die  
42 Aufgabe der Politik, sie bereitzustellen.

43 Grundlage dieser Diskussionen müssen aus unserer Sicht wissenschaftliche  
44 Erkenntnisse bilden. Denn nur auf einem Fundament aus Fakten können politische  
45 Entscheidungen getroffen werden, die auch nachhaltig sind.

46 Die Entscheidung wiederum, wie mit öffentlichen Ehrungen belasteter  
47 Persönlichkeiten umgegangen wird, ist und bleibt eine politische Verantwortung  
48 und kann nicht auf die Wissenschaft abgeschoben werden. Sie steht für uns am  
49 Ende eines öffentlichen Diskurses, unter Beteiligung von Bürger:innen.

50 Es ist Zeit den nächsten Schritt hin zu einer modernen Erinnerungskultur zu  
51 machen und wir JUNOS - Junge Liberale NEOS fordern daher:

## 52 **Kurator:innen für den öffentlichen Raum!**

53 Nahezu jedes Museum verfügt über Kurator:innen, die den nötigen Kontext für  
54 ein besseres Verständnis von Artefakten herstellen. Sie schaffen damit die  
55 nötige geschichtswissenschaftliche Grundlage, um diese Objekte besser zu  
56 verstehen und ein vollständigeres Bild von ihnen zu bekommen. Im öffentlichen  
57 Raum hingegen fehlt diese Funktion: Denkmäler stehen ohne Kontext in der

58 Öffentlichkeit und zementieren einseitige Geschichtsbilder ein. Wir fordern  
59 daher **Kurator:innen für den öffentlichen Raum** in Wien, **angesiedelt im Wien**  
60 **Museum**. Sie sollen, zusammen mit den Gebietsbetreuungen, die schon jetzt  
61 Expertise für Beteiligungsformate zur Verfügung stellen, die Grundlage für  
62 öffentliche Verhandlungen belasteter historischer Personen schaffen.

63 Auch bei Neuvorstellungen von Denkmälern oder Neu- bzw. Umbenennungen  
64 öffentlicher Flächen soll dieser Prozess einer politischen Entscheidung  
65 vorausgehen. Nur so lässt sich Geschichte als Prozess begreifen und eine  
66 moderne Erinnerungskultur erfahren.

### 67 **Mutige Politik, statt voller Depots!**

68 Wir JUNOS - Junge Liberale NEOS stehen für mutige Politik - auch im Umgang mit  
69 Denkmälern und Benennungen öffentlicher Flächen.

70 Die **ausschließliche Anbringung von Zusatztafeln**, als mut- und ideenlosen  
71 Minimalkompromiss einer Kontextualisierung **lehnen wir entschlossen ab**. Solche  
72 Informationstafeln sind nicht in der Lage, ein breites geschichtliches  
73 Verständnis abzubilden und leisten keinen Beitrag zu einer kritischen  
74 Auseinandersetzung. Im schlechtesten Fall, schreiben sie wieder ein einseitiges  
75 Geschichtsbild fest.

76 Auch die **Aufstellung von Statuen belasteter historischer Personen in Museen**  
77 **lehnen wir im Regelfall ab**. Das Verräumen der Statuen ist zu oft ein  
78 politisches Mittel, um der Auseinandersetzung mit problematischen Denkmälern  
79 auszuweichen. Volle Depots tragen genauso wenig zu einer kritischen  
80 Auseinandersetzung bei und leiten die politische Verantwortung über den Umgang  
81 mit solchen Denkmälern auf die Museen ab. Diese Praxis lehnen wir ab.

82 Gleichzeitig erkennen wir an, dass es sinnvolle Ausnahmen dieser Regel geben  
83 kann, wie der Umgang mit der Statue des Sklavenhändlers Edward Colston deutlich  
84 macht. Sie wurde mitsamt Graffiti und jenen Seilen, die man zum Sturz der Statue  
85 nutzte, sowie einer Sammlung von über 500 Plakaten als Beispiel einer sich  
86 ändernden Geschichtsauffassung in einem Museum in Bristol aufgestellt. <sup>[4]</sup>

### 87 **Bürokratie aus dem Weg räumen!**

88 Bürokratie darf kein Hindernis auf dem Weg zu einer modernen Erinnerungskultur  
89 sein! Der Verwaltungsaufwand, der beispielsweise Anrainer:innen durch eine  
90 Umbenennung entsteht, muss daher so gering wie möglich gehalten werden. Im Zuge  
91 der öffentlichen Foren soll es daher **ein Angebot einer persönlichen Beratung**

92 **für Anrainer:innen** geben. **Unmittelbare Kosten**, die Bürger:innen aus so einer  
93 Umbenennung entstehen, müssen **von der öffentlichen Hand übernommen** werden.

#### 94 **Erinnerungskultur als Chance verstehen!**

95 Das neue Interesse am Umgang mit öffentlichen Ehrungen belasteter historischer  
96 Personen ist vor allem eine Chance hin zu einer modernen Erinnerungskultur, die  
97 offen auf einem Fundament aus Fakten debattiert wird und an der möglichst viele  
98 Menschen beteiligt werden. Sie wird einer liberalen, demokratischen  
99 Öffentlichkeit gerecht und schützt Geschichte vor denjenigen, die sie nur  
100 politisch instrumentalisieren wollen. Es eröffnet sich für uns als  
101 Gesellschaft dadurch die Chance, Geschichte als spannendes und komplexes  
102 Phänomen zu begreifen.

103 <sup>111</sup><https://www.wien.gv.at/kultur/strassennamen/strassennamenpruefung.html>

104 <sup>121</sup><https://kurier.at/chronik/wien/lueger-in-schieflage-denkmal-wird-um-35-grad-gekippt/402469196>  
105

106 <sup>131</sup><https://kurier.at/chronik/wien/leopold-kunschak-platz-hernals-oevp-gedenktafel-antisemit/402458325>  
107

108 <sup>141</sup><https://exhibitions.bristolmuseums.org.uk/the-colston-statue/>

# ANTRAG

Antragsteller\*in: *Benedikt Flasch*

Tagesordnungspunkt: *0.16.2. weitere Anträge*

## **A4: Vergabeverfahren für Veranstaltungen statt intransparenter Förderung**

### **Antragstext**

1 Die Jungen liberalen NEOS – JUNOS in Wien halten fest, dass Aufgabe von  
2 staatlich unterstützen Veranstaltungen die Förderung definierter/bestimmter  
3 gesellschaftlicher Themen oder Angelegenheiten ist. Dies kann zum Beispiel der  
4 Kampf gegen Homophobie, die Belebung bestimmter Stadtviertel oder der Erhalt  
5 gewisser Kultur sein. Keinesfalls dürfen durch die im öffentlichen Interesse  
6 liegende Veranstaltungen Parteien, (parteinah) Vereine, einzelne Personen,  
7 einzelne Unternehmen oder sonstige Organisationen aktiv gefördert werden. Dies  
8 obliegt jeweils eigenen Kriterien wie beispielsweise der Vereinsförderung, der  
9 Wirtschaftshilfe bzw. Besteuerung oder der Familienbeihilfe und hat nach  
10 eigenen, für Veranstaltungen nicht relevanten Kriterien, zu erfolgen.

11 Darüber hinaus sind die JUNOS Wien der Meinung, dass durch öffentliche Stellen  
12 organisierte Veranstaltungen zwangsläufig Ineffizienzen und Innovationslosigkeit  
13 produzieren. Die Organisation von durch öffentliche Gelder unterstützter  
14 Veranstaltungen sollte von den dafür am geeignetsten Personen erfolgen.  
15 Persönliche Befindlichkeiten haben bei der Auswahl und Unterstützung außen vor  
16 zu bleiben.

17 Die Stadt Wien ist an hunderten Unternehmen direkt und indirekt beteiligt, hat  
18 keinen Überblick über die genauen Beteiligungen und die daraus resultierenden  
19 Machtverhältnisse und Einflussmöglichkeiten einzelner Personen. Eine  
20 transparente, effiziente und rein im Interesse der Sache liegende Unterstützung  
21 von gesellschaftlichen Themen durch eine Veranstaltung kann dadurch kaum bis gar  
22 nicht gewährleistet werden.

23 Deshalb fordern wir:

- 24 • Die transparente Vergabe von Großveranstaltungen an den Bestbieter, statt



25 ihrer Förderung durch öffentliche Gelder.

- 26 • Veranstaltungen, die mit einem über dem Unterschwellenbereich von  
27 Dienstleistungen liegenden Betrag (gem. § 12 Abs 1 Z 3 BVergG 2018 derzeit  
28 221.000 €) gefördert werden sollen, werden auf Basis des  
29 Bundesvergabegesetzes ausgeschrieben.
  
- 30 • Veranstaltungen, die oben genannten Betrag überschreiten, werden daher  
31 nicht mehr gefördert. Ist eine erwünschte Veranstaltung unrentabel, wird  
32 sie an jenen Privaten vergeben, welcher in der Lage ist, die vorher  
33 definierten Kriterien der Veranstaltungsdurchführung mit den geringsten  
34 Zuschüssen zu erbringen.
  
- 35 • Die Förderung von Veranstaltungen, bei denen der Umsatz im  
36 Unterschwellenbereich liegt, werden in einem transparenten und objektiven  
37 Verfahren, welches sich an im Vorhinein festgesetzten  
38 Ausschüttungskriterien orientiert, ausgeschüttet.

39 Im Vergabeverfahren können sich, im Gegensatz zu einem Bescheid über eine  
40 Förderung einer Veranstaltung, auch Personen, die nicht zum Zug gekommen sind,  
41 präventiv vor abschließender Vergabe beschweren. Die führt zu einem (bereits in  
42 anderen Bereichen gut funktionierenden) Anreiz für Unternehmen, Vergaben, die  
43 nicht auf objektiven Kriterien basieren, anzufechten und somit zu verhindern.

44 Wie in anderen Bereichen ersichtlich, führen die existierenden hohen Strafen für  
45 Behörden, welche bei Nichteinhaltung der gesetzlichen Regelungen über die  
46 Behörde verhängt werden, zu einem Trend zur sachlichen und objektiven Vergabe,  
47 die persönliche Verhältnisse außen vorlässt.

# ANTRAG

Antragsteller\*in: Maximilian Oberhammer

Tagesordnungspunkt: 0.16.2. weitere Anträge

## A5: Sexarbeit: Freiheit statt Stigmatisierung

### Antragstext

1 **Wir JUNOS Wien sind gegen ein Verbot von Sexarbeit und lehnen das Nordische**  
2 **Modell ab**, welches in unseren Augen versagt hat. Das vermeintliche Motiv,  
3 Menschenhandel durch ein Sexkaufverbot zu verhindern, wird durch das Nordische  
4 Modell nicht erreicht, im Gegenteil: es werden dadurch kriminelle Organisationen  
5 gestärkt, Sexarbeit und die praktizierenden Personen stigmatisiert.

6 **Wir als JUNOS Wien**, die für eine offene und freie Gesellschaft eintreten, **sind**  
7 **auch für die Entstigmatisierung von Sexarbeit**, um auch den in der Sexarbeit  
8 tätigen Menschen und deren Umfeld eine ganzheitliche und unbeschränkte  
9 gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

10 Unsere Forderungen für Wien:

11 Abschaffung der polizeilichen Meldung

12 Da eine Meldung beim Gesundheitsamt des Landes ohnehin bei der Ausübung von  
13 Sexarbeit notwendig ist, halten wir die weitere Meldung bei der Polizei für  
14 nicht notwendig. **JUNOS Wien fordert deshalb die Abschaffung der polizeilichen**  
15 **Meldung.**

16 Abhängigkeitsverhältnisse reduzieren

17 **Wir JUNOS Wien setzen uns für die Reduktion von Abhängigkeitsverhältnissen in**  
18 **der Sexarbeit ein.** Laufhaus- und Studiobetreiber:innen sollen nicht in der Lage  
19 sein, über die von den Sexarbeitenden angebotenen Sexdienstleistungen und deren  
20 Preise zu bestimmen. Weiters sprechen wir uns gegen ein Angestelltenverhältnis  
21 in der Sexarbeit aus, da die sexuelle Selbstbestimmung der Sexarbeitenden durch  
22 derartige Weisungsgebundenheiten beschränkt wird.

23     **Strenge steuerrechtliche Kontrollen von Prostitutionslokalen**

24     Die steuerrechtliche Situation in Prostitutionslokalen in Wien ist momentan  
25     erschreckend. Sexarbeitende haben Probleme, überhaupt Studios und Laufhäuser  
26     zu finden, die ihnen Rechnungen für die Zimmermiete ausstellen. Durch die  
27     Steuerhinterziehung der Laufhaus- und Studiobetreiber:innen werden die  
28     Sexarbeitenden in eine Abwärtsspirale gedrängt, weil sie die hohen  
29     Zimmermieten von ca. 500€ pro Woche ohne Rechnung nicht steuerlich absetzen  
30     können und dadurch selbst motiviert werden, teilweise ohne Rechnung zu  
31     arbeiten. **Wir JUNOS Wien fordern eine flächendeckende strenge steuerrechtliche**  
32     **Prüfung aller Prostitutionslokale in Wien.**

33     **Verbesserung der Pflichtuntersuchung**

34     Derzeit sind Sexdienstleister:innen verpflichtet regelmäßig Untersuchungen  
35     vorzunehmen, die jedoch mangelhaft sind und bei denen folgende Änderungen  
36     notwendig sind:

- 37         • genaue Aufklärung darüber, auf welche Krankheiten getestet wird
- 38         • Testergebnisse online einsehbar machen
- 39         • Diagnose und Behandlung direkt bei der Untersuchung
- 40         • Möglichkeit einführen, wie bei der Hausärztin Rezepte direkt auf die e-  
41             card gebucht zu bekommen
- 42         • Barzahlung ermöglichen
- 43         • einen freiwilligen Rachenabstrich ohne Aufpreis ermöglichen

44     **Wir JUNOS Wien fordern die Verbesserung der Gesundheitsversorgung für**  
45     **Sexarbeiter:innen.**

46     **Digitalisierung der Grünen Karte**

47     Derzeit müssen Sexarbeiter:innen eine ca. A5 große Grüne Karte mit sich  
48     führen. Dies ist nicht nur äußerst unpraktikabel, sondern schon längst nicht  
49     mehr zeitgemäß. Daher **fordern wir JUNOS Wien die Digitalisierung der Grünen**  
50     **Karte und der Zurverfügungstellung in digitaler Form und oder als Scheckkarte.**

51 Umbenennung des Prostitutionsgesetzes auf Sexualdienstleistungsgesetz

52 Der Begriff Sexualdienstleistung deckt mehr sexuelle Tätigkeiten als der  
53 Begriff Prostitution ab. **JUNOS Wien fordert daher die Umbenennung des**  
54 **Prostitutionsgesetzes auf Sexualdienstleistungsgesetz.**

55 Straßenprostitution

56 Die Sicherheit der arbeitenden Personen als auch die hygienischen und  
57 infrastrukturellen Bedingungen sind am Straßenstrich in Wien momentan gering.  
58 Unabhängige Sexarbeitende beobachten teilweise, wie andere Frauen Opfer von  
59 Zuhälterei werden. Solange Straßenprostitution in einem größeren Umfang wie  
60 etwa an der Brunner Straße stattfindet, **fordern wir JUNOS Wien als**  
61 **zwischenzeitliche Maßnahme jedenfalls ein Mindestmaß von Infrastruktur,** wie  
62 Toiletten, Mistkübel und Waschmöglichkeiten, **um eine bessere Hygiene zu**  
63 **gewährleisten.**